

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags...

Die abgegebene Anzahlung über den Raum kostet 2,- M. einschließlich...

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Durchhalter Wilhelm

Der heutige Geschichtsunterricht in der Volksschule gibt den Kindern des Volkes nicht die Wahrheit, so gut oder so...

Es ist eines der stärksten Zeichen für die politische Entkräftung des Bürgertums in Deutschland, daß es so völlig verlernt hat, die preussische Geschichte im...

Diese vor trefflichen Worte sind Zitate aus einem Buch, das vor Jahren im Verlag des „Vorwärts“ erschienen ist und der...

Seine Darstellung der Hohenzollern konnte sich damals, natürlich nur oberflächlich, mit dem letzten Kaiser be-

Das Material, das Heinig in seinem Buche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, wirkt nicht nur grelle Schlag-

Merkwürdigerweise wurde diese eigennützige Politik sowohl von den bürgerlichen Parteien wie von der preussischen...

Die sieben Millionen sind noch nicht alles, was das ausgeprete Volk für seinen glücklichen Ausreißer seit der Revolution...

Der Kampf gegen den Hunger

Beginn der Verhandlungen

Wie der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt wird, hat das Reichsfinanzministerium die Vertreter der Großorganisa-

Die Vertreter der Organisationen werden wissen, was jetzt auf dem Spiele steht. Die Verhandlungen müssen schnell und so energisch geführt werden, daß eine sofortige und...

Die äußerste Not treibt die Arbeiter und Angestellten jetzt überall dazu, eine geschlossene Front zur Abwehr jeder weiteren Verelendung zu bilden, und es liegt im Interesse der Gewerkschaften, daß sie sich an...

Die Münchener Betriebsräte gegen den Preiswucher

Wie die „Münchener Zeitung“ schreibt, nahmen die Betriebsräte Münchens in einer gutbesuchten Volksversammlung am Freitag...

Was dieser „erste Diener seines Staates“ freilich unter „standesgemäßem Leben“ versteht, mögen ein paar Zahlen aus seinem vierteljährlichen Friedensetat beweisen. Da liest man:...

Bis zum Erlaß des preussischen Gesetzes über die Aufhebung der Adelsvorrechte galt für die Familie Wilhelms das hohenzollernsche Hausgesetz, das aus grauer Vorzeit stammte und alle Rechte auf das jeweilige Oberhaupt übertrug. Danach war denn auch das gesamte Einkommen und Vermögen mit wenigen Ausnahmen unter der...

Das Vermögen der Hohenzollern setzte sich aus folgenden Hauptbestandteilen zusammen: 1. Kronvermögen, 2. Hausvermögen (ausschließlich Hausfideikomnisse), 3. Fideikommiß oder Lehnvermögen, 4. freies Privat- (Schatull- oder Allodialvermögen). Heinig schätzt seinen Gesamtwert auf eine runde Milliarde. Kriegsanleihe wurden davon zirka 25 Millionen eingekauft; um die Ablieferung von Kupfer und all dem anderen Kram, die das Volk malträtierte, kümmerten sich die Hohenzollern überhaupt nicht.

Arbeiterkämpfe im Auslande

Die Lohnkämpfe im Ausland haben in der letzten Zeit eine erhebliche Zuspitzung erfahren. Seit langem schon versuchen die Unternehmer, Lohnerhöhungen durchzubrühen. Sie begründen dies teils mit leichten, meist nur vorübergehenden Preisrückgängen, teils aber auch — und dieses Moment tritt immer häufiger hervor — mit der Notwendigkeit, sich gegenüber der deutschen Konkurrenz, die ungleich geringere Reallohne zahlt, zu behaupten. Es herrscht also allgemein das Bestreben, die Lebenshaltung der ausländischen Arbeiter auf die tiefe Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse herabzudrücken.

Großenteils sehen sich die ausländischen Arbeiter, um drohenden Betriebsstörungen zu begegnen, gezwungen, in Lohnverkürzungen einzuwilligen, und so ist denn bereits in allen Ländern mit hochstehender Valuta eine rückläufige Lohnbewegung zu beobachten. Erst jetzt ist in der italienischen Textilindustrie zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen ein Abkommen zustande gekommen, das für die Arbeiter eine Lohnverkürzung von 20 Prozent vorsieht. Auch in der französischen Textilindustrie sind wiederholt Lohnverkürzungen erfolgt. Die stündliche Teuerungszulage ist nach einander von 75 Centimes auf 45 Centimes herabgesetzt worden, und nun wollen die Unternehmer eine Verkürzung um 25 Centimes vornehmen. Gegen dieses Ansuchen hat die französische Textilarbeitergewerkschaft zum Kampf aufgerufen mit dem Erfolg, daß im Industriebezirk Roubaix-Tourcoing fast die gesamte Arbeiterklasse in den Ausstand getreten ist. Die Zahl der Streikenden beträgt mehr als 50 000. Nur Bruchteile der Arbeiterklasse sind dem Streikaustritt nicht gefolgt. So wird in Roubaix nur in 7 von 182 Unternehmen der Textilindustrie gearbeitet. Von 21 000 Arbeitern streiken dort insgesamt ungefähr 19 000. In Tourcoing und anderen Städten ist der Streik vollkommen.

In einem Aufsatze des französischen Gewerkschaftsbundes wird jeder Versuch eines weiteren Lohnabbaues in diesem Augenblick als ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse bezeichnet und die Arbeiterklasse aufgefordert, sich in diesem Kampfe nur auf sich selbst zu verlassen.

Ohne Zweifel würde der neue Marktsurz in Deutschland, da er eine weitere gewaltige Verminderung der Reallohne in Deutschland einschließt, einen neuen gewaltigen Druck auf die Arbeitslöhne im Ausland zur Folge haben, wenn nicht die deutsche Arbeiterklasse sich jetzt mit aller Entschiedenheit für eine ganz beträchtliche Erhöhung ihrer Löhne einsetzt. Die Schmutzkonkurrenz der deutschen Arbeitskraft gegenüber dem Ausland hat schon längst eine bedenkliche Form angenommen, und es ist höchste Zeit, daß ihr jetzt durch die deutsche Arbeiterklasse ein Ende gesetzt wird.

betrug bis zum Jahre 1910 15,5 Millionen, von denen man jährlich eine Million sparte. Als die Zeiten teurer wurden, ließ man sich vom Parlament 17,7 Millionen bewilligen, und das ist nur eins von vielen Beispielen, wie Wilhelm sein Vermögen „erarbeitete“.

In den Revolutionstagen wurde eine vorläufige Beschlagnahme verfügt, und dieses Wörtchen „vorläufig“ ist der Ausgangspunkt all der dummen und böswilligen Verleumdungen, die gegen unsere Genossen, die damals in der Regierung saßen, erhoben wurden. Muß man sie ernsthaft gegen den Vorwurf verteidigen, sie hätten die Helligkeit des hohenzollernschen Vermögens proklamiert? Ist es noch nötig, darauf hinzuweisen, daß die unabhängigen Volksbeauftragten und Minister unter der Ermächtigung, eine angemessene Summe bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit zu zahlen, nicht die Ermöglichung eines Schlemmerdaseins verstanden? Mit Genehmigung unserer Genossen ist nur ein einziger Betrag in Höhe von 650 000 Mark gezahlt worden!

Der Kampf um die wilhelminische Masse betrifft nun nicht etwa den ganzen Besitz der Hohenzollern! O nein, man hat ihnen das „unzweifelhaft“ Privatvermögen ohne weiteres zugesprochen, und der ganze Streit dreht sich um die Frage, was zum Privatvermögen gehört, und um die Kronrente. Darunter sind 2 1/2 Millionen Mark zu verstehen, die seit der Verstaatlichung der Domänen der Krone jährlich zufließen, selbstverständlich nur in ihrer Eigenschaft als regierender Dynastie. Aber der soziale „König der Bettler“ verlangte dafür ursprünglich eine bare Abfindung von 100 Millionen Mark!

Wie erinnerlich wurde die Regierungsvorlage vom Parlament zurückgewiesen. Was enthält jedoch der neue Entwurf? Einen großmütigen Verzicht auf dieses unverkäufte Verlangen unter der Voraussetzung, daß man davon 100 Millionen auf zu zahlende direkte Steuern verrechnet. Die Hohenzollern sind wirklich seine Leute. Sie schenken dem Staat etwas, was ihnen gar nicht gehört, und wollen dafür nicht zahlen, was sie zu zahlen haben. Nota bene entgegen dem Reich dadurch 105 Millionen Steuern.

Der Schlußsatz eines dieser monarchienfreundlichen Entwürfe des Finanzministeriums, das unter der Leitung des



Sozialdemokraten Dr. Südekum stand, hatte diesen Wortlaut:

„Das Königshaus hat in verständnisvoller Würdigung der schwierigen Finanzlage des Staates beim Abschluß des Vergleiches den Bedürfnissen der Allgemeinheit ein weitgehendes und dankenswertes Entgegenkommen gezeigt.“

Und nichts ist bezeichnender als die Bemerkung Heinigs, daß einige streberische Geheimräte manchmal rigorosere waren als die wackelhaften Sozialdemokraten des Ministeriums. Es ist ein ehrliches Buch, das Tatsachen schildert, und eben darum ist es eine klare Beurteilung der S. P. D. und ihrer Revolutionspolitik.

Doch der Schwerpunkt des Buches liegt in den durch zahlreiche Dokumente und Tatsachen erhärteten Anklagen gegen die Hohenzollern. Wahrhaftig! Sie verstehen durchzuhalten. Sie verstanden es im Kriege, als sie im Schloß allein 20600 Kilogramm Weizen mehr aufbewahrten (soweit war noch nach dem Abzug der Meistlosen vorhanden) — sie verstehen es auch heute noch. Fünf Jahrhunderte haben sie sich am Schweife des Volkes bereichern können, jetzt möchten sie diese Gewohnheit noch fortsetzen in einem Augenblick, da die Not des Landes größer ist als je zuvor. Das Proletariat wird dem einen Riegel vorschieben. Die Zeiten der Hohenzollernherrschaft sind vorbei — auch im Finanzministerium. Die Arbeiterschaft, die den Thron Wilhelms zertrümmert hat, wird auch den Kampf gegen seine republikanisch maskierten Geheimräte zu führen wissen, die dem „Durchhalter“ Wilhelm den Kampf gegen die Republik zu erleichtern suchen.

## Noch ein Jahr Schonzeit

### Reynes über die Reparationsverpflichtungen

Der Verfasser des Buches „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, der Engländer Reynes, beginnt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln, die er „Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft“ überschreibt. Der erste Artikel beschäftigt sich mit dem Abkommen über die Reparationen. Reynes führt darin aus, daß Deutschland unmöglich das Ultimatum in seiner jetzigen Form durchführen könne. Aber er tröstet sich damit, daß es, wie alle vorhergehenden Abkommen, eine provisorische Maßnahme sei, die im nächsten Jahre schon eine Veränderung erfahren werde. Reynes sagt, daß Deutschland am 30. August die fällige Rate zahlen können, und daß es auch die Zahlungen am 15. November und am 15. Januar und vielleicht auch noch für den 15. Februar, also für 500, 300 und 300 Goldmillionen Mark Deckung finden würde. Aber schon die nächsten Zahlungen, die schnell aufeinander folgen sollen, würden größere Schwierigkeiten bieten. „An einem bestimmten Zeitpunkt jedoch, der zwischen Februar und August liegen wird, muß Deutschland der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit erliegen. Nur bis dahin reicht die Schonzeit, die gewährt ist.“ Der Zusammenbruch würde sich allerdings noch hinauschieben lassen, wenn das Deutsche Reich das noch beschlagene deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten mit etwa 2 Milliarden Goldmark für sich nutzbar machen könnte, oder wenn es sich durch ausländische Anleihen Kredit verschafft. „Aber alle diese Mittel würden sich auf die Dauer als nutzlos erweisen.“

Reynes führt weiter aus, daß Deutschland seinen Außenhandel nicht so hoch treiben könne, daß es seine Reparationsverpflichtungen daraus erfüllen könne. Dazu komme, daß die Reparationen mehr als die gesamten bisherigen Staatseinnahmen verschlingen würden, ungerichtet die Ausgaben für den Unterhalt der Besatzungsarmeen. Auf den Kopf der deutschen Bevölkerung könne man jetzt ein Einkommen von 5000 Papiermark berechnen. Die Reparationslasten würden also den vierten Teil des deutschen Nationaleinkommens betragen, dazu kämen mindestens noch 20 Prozent des Einkommens für die Staatsausgaben. Ein reiches Volk könne unter gewissen Umständen eine solche Last tragen. Man dürfe aber nicht vergessen, „daß nach Abzug der Steuern das wöchentliche Durchschnittseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung nach englischen Verhältnissen nur eine Kaufkraft von 7 Schilling betragen würde.“ Keiner Regierung sei es möglich, die Hälfte des Einkommens aus einem Volke herauszupressen, das sich in einer solchen Lage befindet, wie das deutsche. Dabei, so sagt Reynes weiter, habe er sich in der Schätzung der Werte ganz besonderer Mäßigkeit befleißigt. Die Ausgaben für die Reparationsansprüche für 1922 ergäben für den Kopf der Bevölkerung 3200 Papiermark, während nach den letzten deutschen Statistiken das Einkommen des deutschen Volkes im Durchschnitt 4500 Mark beträgt. Reynes schließt seine Ausführungen: „Dann kämen wir

zu dem Ergebnis, daß nicht etwa nur die Hälfte, sondern gut zwei Drittel dieses Einkommens für die Reparationen beansprucht werden. Die erste Schlussfolgerung, die ich ziehe, ist also die, daß das Abkommen über die Reparationen zwar dem deutschen Volke eine Linderung bis 1922 gestatte, trotzdem bietet es ebenso wie seine Vorgänger keine Möglichkeit für eine dauernde Besserung.“

Die Ausführungen des englischen Wirtschaftswissenschaftlers verdienen zweifellos die größte Beachtung, und er scheint zu erwarten, daß sie auch auf die Alliierten Eindruck machen werden. Er sagt, daß auf politischem Gebiete überall eine Klärung eingetreten sei; Einbrüche der Volkswirtschaft seien nicht mehr zu fürchten, die deutsche Regierung der Mitte habe ihre Lebenskraft bewiesen, Frankreich habe das Kriegsbeil begraben und Amerika schenke der alten Welt Sympathien. Aber niemand könne sicher wissen, ob wir wieder in die Höhe kommen würden, oder ob wir tatsächlich am Beginn einer langen Periode des Verfalls ständen. Es wird abzuwarten sein, ob Reynes mit dieser Auffassung Recht behalten wird. Ohne Zweifel ist außenpolitisch eine gewisse Entspannung eingetreten und es wäre jetzt an der Zeit, daß auch die wirtschaftlichen Fragen nicht länger von nationalistischen Gesichtspunkten, sondern nach den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen aller Völker, der Sieger wie der Besiegten im Weltkriege, beurteilt würden.

## Der Völkerbundsrat nimmt an

Paris, 20. August.

Wie Havas mitteilt, erklärt Vicomte Jhili, der derzeitige Vorsitzende des Völkerbundsrates, in seiner Antwort an Brand, den Vorsitzenden des Obersten Rates, obgleich es ihm noch nicht möglich gewesen sei, seine Amtlichen Kollegen im Völkerbundsrat zu befragen, sei er doch überzeugt, daß diese auf Grund des Wortlauts und des Geistes der Völkerbundsakte sich bereit erklären werden, die Einladung anzunehmen, die ihnen im Namen des Obersten Rates zugegangen ist, nämlich die Lösung bekannt zu geben, die sie für die Grenzführung in Oberschlesien empfehlen.

## Die Stimmung in England

London, 20. August.

Die Blätter stellen mit Befriedigung fest, daß Quinones de Leon sich bereit erklärt, als Berichterstatter in der obereschlesischen Frage zu fungieren. Einige Zeitungen äußern sich erstaunt über die französischen Angriffe gegen England, die im Gegensatz zu dem angeblich auf der Pariser Konferenz erzielten Einverständnis ständen. Man steht noch unter dem Eindruck der Lloyd George-Rede über die Bündnispolitik Großbritanniens, bei der besonders Amerika und Japan heraufbeschworen waren und von Frankreich weniger gesprochen wurde. Das Hauptinteresse konzentriert sich jetzt auf den pazifistischen Ocean, und man stellt mit Genugtuung fest, daß auch in Washington Lloyd Georges Annäherungsversuche und sein Standpunkt in der Abrüstungskonferenz günstig aufgenommen wurde.

## Die Truppenentsendung

London, 20. August.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist ein prinzipielles Einverständnis über die Anzahl der nach Oberschlesien zu entsendenden Truppen erzielt worden. In Paris finden augenblicklich mit den Vertretern Englands und Italiens Beratungen über den Termin statt, an dem die Verstärkungen abgehen sollen.

## Verhandlungen über den Wiederaufbau

Berlin, 20. August.

Die Minister Rathenau und Loucheur, die bei ihrer ersten Begegnung eine weitere Zusammenkunft verabredet hatten, haben vereinbart, sich in Wiesbaden am 26. August zu treffen.

## Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen

Die „Dena“ hat bei angeblich gut unterrichteter polnischer Seite Erfindungen darüber eingelesen, wie man in Polen über die Möglichkeit wirtschaftlicher Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen denkt. Man erzählt, daß gegenwärtig keinerlei Unterhandlungen in dieser Frage geführt werden. So lange das obereschlesische Problem nicht gelöst sei, könne davon auch keine Rede sein.

Weber Polen noch Deutschland könnten jetzt mit einem klaren Programm der Leistungen und Gegenleistungen vernehmlich auf dem Gebiete des Warenverkehrs in die Verhandlungen einleiten. Ueberdies erhebe es zweckmäßig, anlässlich der allgemeinen wirtschaftlichen Besprechungen auch alle diejenigen

wirtschaftlichen Nebenfragen einer Lösung zuzuführen, die sich aus dem bisherigen Zusammenhang der obereschlesischen Gebiete ergeben könnten, um damit die Grundlage zu einer dauernden Gewandtheit der gesamten zukünftigen polnisch-deutschen Handelsverkehrs zu gewinnen. Eine weitere grundlegende Voraussetzung der Aufnahme von wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland sei die Aufhebung des — nach polnischer Ansicht — bestehenden generellen Ausfuhrverbotes nach Polen. Durch diese, dem Art. 200 des Friedensvertrages zuwiderlaufende Maßnahme sei zwischen beiden Staaten ein handelspolitischer Kontakt hergestellt, der die Aufhebung des — so wohl die deutsche als auch die polnische Industrie schädigenden — Verbotes, von der Aufnahme wirtschaftlicher Besprechungen keine Rede sein könne.

Man erkennt auch aus diesen Mitteilungen, daß auf beiden Seiten zwar die Notwendigkeit guter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen begriffen wird. Aber die nationalpolitisch verheerende Stimmung verhindert es noch immer, daß lediglich vernunftgemäße Ermäßigungen für das Verhältnis der beiden Länder zueinander ausgearbeitet werden. Wenn der gute Willen dazu vorhanden wäre, so könnte auch die obereschlesische Frage kein entscheidendes Hindernis für die Herstellung guter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sein.

## Lebensmittelausstellung in Frankfurt

Hauptaussteller: Lieferrfabriken

In Frankfurt am Main ist am Sonnabend eine Reichsausstellung der Kolonialwaren und Lebensmittel eröffnet worden. Aus dem Bericht des „Berliner Tageblatts“ folgende Stelle der Wiedererzählung wert:

Wohl am auffälligsten an dieser Ausstellung ist die Uebervülle der Lieferrfabriken. Trotz der geradezu ungeheuren hohen Preise für diese Erzeugnisse, scheint doch die Nachfrage hier am stärksten zu sein. Wenn man die Ausstattung der Stände als Maßstab nehmen will, so scheint sich die Lieferrfabrikation am besten zu rentieren. Manche Firmen sind darunter, die sich für die wenigen Tage (die Ausstellung dauert vom 20. bis 28. August) einen Stand von Rüstherden ausbauen ließen, als gelte es, ein sündiges Wahrzeichen zu errichten! Von den bekannten Fabrikaten fehlt kaum eines — nur darf man nicht an die schönen Zeiten denken, wo man noch für eine Silbermark einen guten alten Korn ersehen konnte. Heute muß man schon einen Fünfsigmarckstein auf den Tisch legen, wenn man sich unter den geringeren Sorten ein Fläschchen aussuchen will. So transit... Auch Sekstände streuen des Beschauers Auge — wir sind keine Kriegsgewinnler, aber doch Menschen und eilen deshalb an solchen Genüssen um so schneller vorüber! — Tausend Dinge gibt's zu sehen, nur wird der Mut nicht leichter, wenn man die Preise hört. Aber konstatieren wir immerhin die erfreuliche Tatsache, daß es im lieben deutschen Vaterlande „wieder alles gibt“ — wenn man nur das nötige Geld hat.

So richtig die letzte Bemerkung ist, so zwingend ergibt sich aus die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß dieser aufreizende Zustand durch eine kräftige Besteuerung der Vermögen und großen Einkommen ein Ende nimmt.

## Ein Bundesgenosse

### der Deutschnationalen

Von einem Parteigenossen in Heinersdorf wird uns folgende lässliche Episode mitgeteilt:

Der Oberschweizer B. vom kädtischen Gut Schmiedsdorf hat Berlin wollte seine Sau von einem Eber belegen lassen. Er ging zu diesem Zweck zu einem benachbarten Gutsbesitzer in Mähren zu dem Hönow. Als er sein Anliegen vorbrachte, fragte der Gutsbesitzer: „Sagen Sie mal, wie haben Sie eigentlich das letzte Mal gewählt?“ Der Oberschweizer erwiderte: „Ne, selbstverständlich U. S. P. D.“ Darauf der Gutsbesitzer: „Ja, dann gehen Sie man mit Ihrer Sau zu einem U. S. P. D.-Eber, meiner deckt nur nationalpolitische Säue!“

Nachdem so den Deutschnationalen die Bundesgenossenschaft des sicherlich mit einem Halentkrenz geschmückten Ebers in Mähren gesichert ist, kann es ihrer Propaganda auf dem flachen Lande nicht mehr an Erfolg mangeln. Die bisher vergeblich angekündigte „nationale Einheitsfront“ ist unter der Führung des deutschnationalen Ebers zur Wirklichkeit geworden. Keine Sau, die etwas auf sich hält, wird es nunmehr wagen dürfen, von den Pfaden der „nationalen“ Politik abzuweichen, da ihr sonst die Ungnade der neuen Bundesgenossen der Deutschnationalen droht.

## Die drei Pajofs\*)

Eine russische Fabel

Von Waldemar

Der Jorden erschienenen Nr. 10/11 der Zeitschrift „Der Gegner“ entnehmen wir die der Feder eines Mitarbeiter der „Roten Fahne“ entstammende satirische Fabel, die dem heute beginnenden Kongreß der S. P. D. gewidmet sei.

Es war lange nach Mitternacht.

Die goldenen Kuppeln der Stadt der 40 mal 40 Kirchen warfen hier und dort jenen matten Schein zurück, von dem man in den hellen russischen Nächten nie lagern kann, ob er der letzte Hauch der Abendsonne oder der erste Gruß der Morgenröte ist.

Die Straßen waren still und menschenleer. Selbst der letzte der kleinen barfüßigen Jungen, die auf den Boulevardn Fingerringen und Süßigkeiten verkaufen, war verschwunden. Und wenn nicht der feste Schritt der Wachtposten manchmal die Ruhe unterbrochen hätte, dann hätte man glauben können, in einer verzauberten, in ein magisches Hell Dunkel getauchten Stadt zu sein, deren einzige Beleuchtung die purpurroth glühenden „Ewiges Lampen“ vor den zahlreichen Kapellen sind.

Während durchdringender Hufschläge die feierliche Stille. Im geräuschvollen Galopp eilt ein schwarzer Hengst, vom Theaterplatz kommend, dem Kreml zu. Ohne sich zu bekümmern, läuft er an der heiligen Kapelle der Jberischen Mutter vorbei, rennt über den roten Platz, daß die Funken fliegen, stürzt an der Tormauer vorbei und macht erst an Lenins Wohnung halt, in dessen Arbeitszimmer, wie immer, noch Licht brennt. Mit wenigen Schritten ist das Pferd die Treppe emporgesprungen, hat mit dem Kopfe die Türe aufgedrückt und steht vor dem Altar, der sich durch den eigentümlich und unerwarteten Besuch kaum in seiner Arbeit stören läßt.

„Lieber Genosse Lenin,“ sagte das Pferd, „nimm meinen Besuch zu dieser etwas ungewohnten Stunde nicht übel. Aber ich muß dich dringend sprechen, und ich weiß, daß diese Stunde die einzige ist, in der man ungestört mit dir reden kann.“

\*) Pajof heißt die amtliche Lebensmittelration in Sowjetrußland, die je nach der Art der geleisteten Arbeit verschieden groß ist.

„Nun, was hast du auf dem Herzen, lieber Genosse?“ antwortete Lenin dem Pferde.

„Du weißt, Genosse Lenin,“ fuhr das Pferd fort, „daß ich dir treu ergeben bin und daß ich einen starken Sinn für Disziplin besitze. Willig habe ich mich überall ohne Murren dem Wohl der Revolution untergeordnet, jede Last getragen, jeden Befehl ausgeführt. Aber nun bin ich am Ende meiner Kräfte. Wenn du nicht willst, daß ich erschöpft zusammenbreche, dann gib mir einen größeren Pajof. Niemand verdient ihn ehrlicher als ich. Ich bin der Retter Sowjetrußlands. Ich habe bei dem Mangel an Eisenbahnen das gesamte Transportwesen aufrecht erhalten, ich habe dir geholfen, die Kontrevolution niederzuringen, ich war dein bester Gefährte im Kampf gegen Kolltschal, Denikin, Judenitsch und die andern Weißgardisten, kurzum der Retter der Sowjetmacht auf der inneren und äußeren Front. Sieh, ich bin hungrig und so abgemagert, daß du alle meine Rippen zählen kannst.“

„Gut,“ sagte Lenin, „ich weiß deine Leistungen wohl zu schätzen, und das, was du sagst, läßt sich hören. Du sollst den Pajof für Rotarmisten erhalten; hilf uns weiter, wie du es bisher getan, und nun gute Nacht, lieber Pferd.“

Mit Dankworten rutschte das Pferd die Treppe hinunter und verschwand eiligen Laufs, wie es gekommen.

Doch kaum waren seine Hufschläge verhallt, da stand auch schon die Kuh vor Lenins Türe und schob sich gemächlich und breit in sein Zimmer.

„Genosse Lenin,“ sagte die Kuh, „du weißt, ich bin die Ruhe und Friedfertigkeit selbst. Gar manchen Stoß ertrug ich mit Sanftmut, diente treu und ohne viel Gemurmel der Sowjetmacht. Aber ich vertrage keine ungerechte Zurücksetzung. Ein ich weniger als das Pferd, dem du eben den Pajof erhöht hast? Gehört nicht mir der Vortrang? Wäre nicht ohne mich Sowjetrußland längst zusammengebrochen?“

„Wie willst du das begründen,“ fragte Lenin lächelnd.

„Gehört ich nicht,“ antwortete die Kuh, „das Leder für die Schuhe, habe ich dir nicht mit meiner Milch die Kinder gestreut. Auch ich brauche einen größeren Pajof, wenn ich nicht an Enkräftung zugrunde gehen und auch alle mit in den Abgrund reißen soll.“

„Ich erkenne deine Verdienste an,“ antwortete Lenin, „du erhältst den Pajof für Sanitäter.“

So war auch die Kuh zufriedengestellt und trottete vergnügt nach Hause.

Unterwegs traf sie den Esel, der scheinbar ganz gleichgültig zuhört, als sie ihm von den neuen Pajof erzählt, die sie und das Pferd erhalten. Doch kaum war die Kuh um die nächste Ecke, als der Esel spornstreichs in den Kreml rannte und ohne anzufassen bis vor den Schreibtisch Lenins trampelte. „Wein lieber Genosse Lenin,“ sagte der Esel, „verzeihe die Kühnheit, aber du mußt schon Weismann Hollweg sagte: „Rot kennt kein Gebot.“ Ich muß hungern, wenn du mir nicht einen größeren Pajof gibst. Wie aber willst du Sowjetrußland ohne mich aufrechterhalten?“

„Was hast du denn für die Sowjetmacht praktisch geleistet?“ antwortete mit einem ironischen Unterton der Alte.

„Praktisch?“ fragte der Esel erstaunt und rühte etwas an seinen großen Hornbrille auf der Nase zurück. „Seit wann bin ich Praktiker? Ich bin doch der große marxistische Theoretiker und Verfasser der neuesten Parolen für die westeuropäische Revolution. Ich bin der geistige Führer der revolutionären Offensive, mit der ich gerade in Deutschland einen Schritt vorwärts gegangen bin. Erkenne du nicht ihre glänzenden Wirkungen? Wie opportunistische Nörgler, die man übrigens hinauswerfen muß, nur die fremdenmenschlichen Possidität wagen meine Erfolge zu bestreiten.“

„Ganz richtig,“ erwiderte Lenin, und kniff dabei das rechte Auge noch fester zusammen, während um seinen Mund ein ironisches Lächeln spielte. „Deine Verdienste sollen nach Gebühr belohnt werden. Du erhältst den Pajof für — Akademiker.“

## Die ersten Sowjetmarken

Nach zwei Jahren freien Volkverkehrs sieht sich die Sowjetregierung gezwungen, zum Gebrauch von Briefmarken zurückzukehren, infolge der Wiedereröffnung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Die Postbestellung im Inlande ist auch weiter frei und erfolgt ohne Marken. Es sollen Serien von Briefmarken ausgegeben werden, deren niedrige entsprechend der Entwertung der russischen Valuta ein Kubel ist. Als Bilder werden auf den Briefmarken erscheinen, in dieselbe Umrahmung einbefügt, die schon die Briefmarken der zaristischen Regierungen hatten. Für die 100-Rubelmarke wird ein allegorischer Entwurf von einem bolschewistischen Künstler vorbereitet, im großen Breitformat die klassische Figur eines Mannes mit ausgebreiteten Armen, auf welchem Pferde, der eine Schar von Arbeitern führt.



# Wir und die November-Befehrlin

Von Wilhelm Dittmann

Meinen Artikel, „Die gelben Moskauer“, hat der „Vorwärts“ benützt, sich und seine Partei als die weisen Alleswiser und mich und die U. S. P. D. als die hinstellenden, die erst spät zur Einsicht gekommen seien. Der „Vorwärts“ möchte glauben machen, daß meine Freunde und ich die Massen der früher Indifferenten oder Gelben bisher blindlings als „revolutionäre“ Masse verhimmelt und ihn gescholten hätten, weil er nicht daselbe habe tun wollen.

Dieser Legende möchte ich entgegenzutreten, nicht aus persönlicher Rechthaberei, sondern um die Politik zu rechtfertigen, die von der U. S. P. D. getrieben worden ist, und um zugleich die Fehler zu zeigen, die von der rechtssozialistischen Partei gegenüber der „erwachenden Unterwelt“ begangen worden sind.

Wie wenig die Leitung der U. S. P. D. sich über die Natur der Massen getäuscht hat, die bald nach der Revolution in ihre Reihen strömten, zeigt am besten ein Passus meines Vorstandsberichts auf dem Leipziger Parteitag am 30. November 1919, wo ich sagte:

„Hätten wir im März rund 300 000 Kämpfer in unseren Reihen, so zählten wir deren jetzt mehr als dreiviertel Millionen! Aus der alten sozialdemokratischen Partei sind vor allem die geistig regsamsten und politisch aktivsten Elemente zu unserer Partei gekommen. Daneben haben wir große Massen gewonnen, die erst durch den Krieg und die Revolution in das politische Getriebe hineingerissen worden sind. Die geistige Mentalität dieser neugewonnenen politischen Kämpfer kann naturgemäß noch keine sozialistische im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus sein. Es ist daher auch kein Wunder, daß unsere Partei gegenwärtig in geistiger Hinsicht eine Entwicklung durchmacht, in der Ansätze und Rudimente geistiger Strömungen hervortreten, die von der sozialistischen Bewegung der Vorkriegszeit in jahrzehntelanger Entwicklung bereits überwunden waren. Der Krieg und das Chaos, das er uns hinterlassen hat, war und sind ein günstiger Nährboden für eine rein gefühlsmäßige Politik. Das ungeheure politische Kämpfer leicht in ihren Bann hineingerissen werden, ist erklärlich, und deshalb braucht uns auch das Aussehen solcher schon früher überwundener Ideen und Pläne in unserer Partei wahrlich nicht sonderlich zu beunruhigen. Ich sehe aber nicht an, zu erklären, daß jetzt, nachdem wir die materielle Struktur unserer Bewegung im großen und ganzen leidlich gesichert sehen, die systematische Förderung der Bildungsarbeit neben dem revolutionären Kampf des Tages unsere vornehmste Aufgabe sein muß.“

Der objektive Beurteiler wird anerkennen müssen, daß diese Worte an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen. Und der spätere Geschichtsschreiber wird feststellen, daß die U. S. P. D. alles getan hat, die ihr zugeströmten Massen zu Klassenbewußten revolutionären Kämpfern zu erziehen — bis das Moskauer Zerstückeln einer dieser Massen in den Sumpf der Illusionen führte und dadurch die schwere Aufklärungsarbeit der U. S. P. D. störte.

Wenn der „Vorwärts“ voll Selbstgerechtigkeit sagt, er habe voraus gewußt, daß das anscheinend revolutionäre Feuer dieser Massen nur „Straßfeuer“ gewesen sei, so wird die Haltung der rechtssozialistischen Partei gegenüber diesen Massen vor der Geschichte mit einem solchen Pharisaerstandpunkt nicht gerechtfertigt.

Im Gegensatz zu der U. S. P. D., die die ungehaltenen Massen für eine grundsätzliche Klassenkampf-Politik zu gewinnen suchte und dabei den Erfordernissen der revolutionären Situation Rechnung trug, trieb die rechtssozialistische Partei eine Politik der Abstoßung der „erwachenden Unterwelt“ und ging dabei oft Arm in Arm mit der wiedererwachenden kapitalistisch-militaristischen Reaktion. Der rechtssozialistischen Partei fehlte völlig der historische Blick für die Selbstverständlichkeiten und Notwendigkeiten revolutionärer Situationen, und die Ebert, Scheidemann und Landsberg schlugen entsetzt die Hände über dem Kopfe zusammen vor den doch so sanften Wellenschlägen der Novemberrevolution. Als wäre es diesen sozialistischen Novemberministern auf den Leib zugeschnitten, liest man bei Marx über die liberalen Märzminister von 1848:

„So groß war die Furcht der neuen Minister vor den erregten Massen, daß in ihren Augen jedes Mittel gut war, wenn es nur dahin zielte, die erschütterten Grundlagen der Autorität zu stärken. Die betrogenen Tröpfe bildeten sich ein, jede Gefahr einer Wiederaufrichtung des alten Systems sei vorbei, und daher benutzten sie die ganze alte Staatsmaschinerie, um die Ordnung“ wieder herzustellen.

Vergebens haben wir uns damals bemüht, die Führer der rechtssozialistischen Partei zur richtigen geistigen Einstellung gegenüber den durch die Revolution emporgewirbelten ungehaltenen Massen zu bringen. Heute — das zeigen besonders manche Äußerungen Scheidemanns — beginnt man in jenen Kreisen allmählich einzusehen, wessen Geschäfte man damals besorgt hat, gar nicht zu reden von dem dann einsehenden Kollaps.

Statt Verständnis zu zeigen für all die notwendigen gerweise unklaren und utopischen Hoffnungen, Wünsche und Bestrebungen der ungehaltenen Massen, wußten die rechtssozialistischen Führer nichts Besseres zu tun, als sich immer enger mit den kapitalistischen und imperialistischen Elementen des alten Systems zusammenzuschließen zu ihrer Bekämpfung. Die Aufgabe weitblickender geschulter Sozialisten mußte dagegen sein, „hineinzugehen, um zu helfen oder um die Entwicklung in der rechten Richtung zu beschleunigen“, wie Engels in einem Brief an Sorge 1887 den deutschen Sozialisten bezüglich ihres Verhaltens gegenüber der unklaren und gärenden amerikanischen Arbeiterbewegung geraten hat. Aus den Engelschen Briefen an Sorge könnte der „Vorwärts“ ganz allgemein ersehen, wie wenig die rechtssozialistische Politik gegenüber den Novemberbefehlten der Auffassung der Altmeister des Sozialismus entsprochen hat. Auch die Kommunisten, die nur mit Leuten ihrer engeren Gesinnung gemeinsam operieren wollen, können aus diesen Briefen das Verfehlen solcher dogmatischer Taktik lernen. Die U. S. P. D. hat sich damals freigehalten von den Fehlern der Rechtssozialisten wie der Kommunisten und die Linie befolgt, die Engels mit den Worten zeichnet:

„Die Deutschen . . . sollten für irgendwelche mittliche allgemeine Arbeiterbewegung eintreten, deren „sittlichen“ Ausgangspunkt annehmen und nach und nach zu theoretischer Höhe bringen. . . . Vor allem aber gebe man der Bewegung Zeit, sich zu konsolidieren, man wache die unpermeable Konfusion des ersten Aufmarsches nicht noch schlimmer, indem man die Leute zwingt, Sachen hinauszumägen, die sie augenblicklich noch nicht begreifen können, aber bald lernen werden.“

In diesem Engelschen Sinne war die U. S. P. D. nach der Revolution Führerin und Beraterin der durch den Um-

sturz emporgewirbelten Massen und es stünde heute wahrlich besser um die proletarische Bewegung, wenn der „Vorwärts“ von der rechtssozialistischen Partei daselbe sagen könnte.

## Wer die Einigung scheut

Die Rechtssozialisten wie die Kommunisten belieben es, mit der Einigungsfrage Parteigeschäfte zu verjagen. Das tiefste Sehnen der Arbeiter aller Richtungen nach der Einheitsfront wird von ihnen mißbraucht. Der U. S. P. D. aber, die offen ausspricht, daß die Einigung nur erstrebt werden kann unter Überwindung des Reformismus und des Putschismus, wirft man demagogisch Feindschaft gegen die Einigung vor. Da ist es gut, wenn den Führern im andern Lager im Halse ihre wahre Ansicht einschlägt. Herr Weims, Reichslagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Magdeburg und Inhaber verschiedener anderer Vertrauensstellen in der U. S. P. D., hat in der letzten Generalversammlung der U. S. P. D. in Magdeburg, um den Programmrat zu vertheidigen und von ihm abzulernen, waidlich seinen fanatischen Haß gegen die U. S. P. D. Luft gemacht und erklärt:

„Wir müssen die Unabhängigen also sich selbst überlassen; sie werden an ihrer Unfähigkeit zugrunde gehen. Es wäre eine politische Dummheit und auch eine Unmöglichkeit, sich mit den Unabhängigen zu einigen. Den Feind, der dranhin steht, würden wir ja in unsere eigenen Reihen hereinbekommen. Und es wäre nur eine formelle Einigung, denn im Innern der Partei hätten wir dann die größte Uneinigkeit. Die Einigkeit der Arbeiterschaft kann nur am Boden der praktischen Politik möglich sein, die aber die unabhängigen Führer nicht wollen können.“

Die Haltung des Mannes ist begreiflich, wenn man weiß, daß er selbst in seiner Partei mit größtem Mißtrauen behandelt wird. Während des Krieges war er der Spalter, indem er alle der Opposition Angehörigen aus der Partei zu werfen verstand, sofern er sie durch Versprechen von Posten nicht still kriegte. Nun plagt ihn die häßliche Angst, daß bei einer Einigung mit der U. S. P. D. seine verderbliche Rolle ausgespielt wäre. Während er beim Programm Rückficht auf die bürgerlichen Parteien fordert, bezeichnet er die Arbeiter der U. S. P. D. als Feinde. Fürwahr ein famoser Arbeiterführer.

## Brauchen wir Unternehmer?

Vor einiger Zeit hatte die „Betriebsräte-Zeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Aufsatz von ihrem Redakteur Dr. Striemer gebracht, in dem dieser die wirtschaftliche Notwendigkeit des Unternehmertums behauptete. Dieser irdische Aufsatz wird natürlich von den Unternehmern weidlich als Agitationsmaterial ausgeschlachtet.

In Nr. 27 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ wundert sich Herr Th. Baare, warum denn überhaupt noch über die Sozialisierung geredet wird, nachdem „einfichtige Führer und Theoretiker der Sozialdemokratie längst und laut genug erklärt haben, daß man an solche gefährliche Experimente, wie die Sozialisierung, nicht denken darf“. In Nr. 28 desselben Unternehmerrblattes schreibt Syndikus Dr. Wagner unter ausdrücklichem Hinweis auf den Charakter der „Betriebsräte-Zeitung“: „Es ist beachtenswert, daß hier von einer Stelle, der sonst die Sozialisierung nicht schnell genug gehen kann, die Vorzugstellung des freien Unternehmers in so treffender Weise gegenüber den reinen Verwaltungsunternehmen geschildert wird.“

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ sieht sich daher in der letzten erschienenen Nummer vom 20. August genötigt, ausdrücklich die Striemer'sche Auffassung zu bekämpfen, indem sie schreibt:

„Nur ein naiver Mensch kann glauben, daß der Individualist keine Kalkulation auf das Wohlergehen der Allgemeinheit einstellt. Wer den Sprudel eines ideenreichen Spiels kapitalistischen Initiationsgeistes sehen will, der betrachte sich nur unter Raub- und Erzwirtschaft; die Augen laufen ihm über bei diesem Sprudel der Geldgier. Nicht einmal bei normalem Gang der Dinge kann die privatkapitalistische Wirtschaft sich den Verhältnissen anpassen und wird uns auch in der Zukunft in periodische Krisen bringen, unter welchem die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat und die Volksgesundheit untergraben wird. Rücksichtslos geschieht dieses, denn der Besizende kennt keine Not, keinen Hunger.“

Neben diesen Dingen muß man die privatkapitalistische Wirtschaft auch von der politischen Seite nehmen. Durch die Verkrüppelung und Monopolisierung ganzer Industriezweige gewinnt die Schwerindustrie eine gefährliche, politische Macht. . . . Im übrigen spielt der „ideenreiche“ Initiationsgeist der Schwerindustrie heute eine solche lässliche Rolle, die wirklich beschämend ist. Während die Kapitalisten in der Kriegszeit auf Kosten der Allgemeinheit Reichtum anhäufte, die Wirtschaft ruinierten, besteht ihre Kunst heute darin, sich die Preise durch die Reichsregierung erheben zu lassen — ein Kunststück, für welches wir keine Unternehmer brauchen.“

## Gleiche Brüder — gleiche Kappen

Mit Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, daß der Militarismus in allen Ländern das gleiche Gesicht zeigt, die brutale Vergewaltigung aller nicht zu ihm gehörigen, nicht zuletzt der eigenen Volksgenossen. Einen bemerkenswerten Beitrag dazu gibt uns ein Bericht des „Populaire“ aus Warschau über das Treiben der Korsantj-Truppen, der „heimatlosen“ Oberbefehlshaber von der anderen Seite. Ihre Ausschreitungen in Oberschlesien sind so bekannt wie die unterer Orgeschleute. Aber weniger bekannt dürfte es sein, daß sie auch jetzt in Polen, Jugoslawen und Unolos in Mittelschlesien.

Insbesondere wird Stadt und Kreis von Bielskolo mit der Anwesenheit dieser Hetscharen bedrückt. Ende Juni kamen die ersten Abteilungen demobilisierter Korsantj-Truppen dort an. Raum aus dem Wagen heraus, stürzten sie sich auf die jüdischen Läden in der Stadt und raubten sie aus, ebenso wie auch jeden Juden in der Stadt, der ihnen auf der Straße begegnete. Die erste große Plünderung fand am 30. Juni statt. Einige hundert Soldaten drangen in der Richtung auf den Marktplatz vor. Die jüdischen Kaufleute beiften sich die Läden zu schließen und zu fliehen. Doch nicht allen gelang es. Die Läden wurde gekürrt, die Soldaten, in Gruppen geordnet, plünderten die Waren. Alle Juden, die man auf dem Platze antraf, wurden mißhandelt, Männer, Frauen und Kinder. Ein Mann wurde unter die Räder einer Lokomotive geworfen.

Einige Tage später drang eine neue Bande von „Vaterlandsverleumdern“ in die Stadt, am 8. Juli wiederholte sich das Schauspiel. Die Plünderungen der jüdischen Geschäfte dauerten fort. Besonders hatte man es diesmal auf die jüdischen Fleischer abgesehen; aber diese vereinigten sich zum Widerstand, und nach kurzem Handgemenge mußten die „Helden“ Oberschlesien abziehen. Am nächsten Tage kamen wieder Horden von Geld, Schnaps und Zigaretten. Diesmal griff die Polizei ein und vertrieb die Plünderer. Aber am 12. und 14. wiederholten sich die Angriffe und auch die Privatwohnungen jüdischer Einwohner wurden gekürrt und geplündert. Schließlich kette der Bizepräsident der Stadt, Hugo Kantei, das dringliche Ersuchen an den Militärkommandanten, Abhilfe zu schaffen. Trotz vereinbarter Gegenmaßregeln kam es aber am 15. zu neuen Plünderungen, der Bischof war diesmal das Ziel. Erst am 17. sind endlich die Truppen abgezogen und die Einwohner konnten sich wieder in Sicherheit auf die Straße wagen. Herr Korsantj kann zufrieden sein, der Ruhm der Taten seiner Helden wird nicht so bald vergessen sein. Im gegen diese gesinnungsstüchtigen Partisten wollen unsere Nationalisten den Krieg führen? Das wäre ein wahrer Bruderkrieg!

## Abschluß der russisch-amerikanischen Verhandlungen

DE. Riga, 20. August.

Nachdem der Abschluß des russisch-amerikanischen Vertrages, betreffend die amerikanische Hilfsaktion leghin in Frage gestellt schien, hat der Sowjetvertreter Litwinow auf der gestrigen Sitzung ganz unerwartet seine Forderungen aufgegeben und die Bedingungen Browns angenommen. Litwinow hatte verlangt, daß die Sowjetregierung das Recht erhalte, nötigenfalls nicht nur die gesamte amerikanische Hilfsorganisation, sondern auch einzelne ihrer Mitglieder aus Rußland auszuweisen, und die Zahl der nach Rußland gehenden Amerikaner selbst zu bestimmen. Brown stellte dagegen die Forderung, daß der Vertretung der American Relief Administration in Sowjetrußland die Rechte einer Gesandtschaft zuerkannt würden, und daß sie in ihrer Mitgliederzahl keinen Beschränkungen unterliegen dürfe. Nach Annahme dieser Bedingungen hat Brown bereits die Abendung der ersten Lebensmitteltransporte aus Danzig und Hamburg nach Petersburg und Riga telegraphisch angeordnet. Mitte der nächsten Woche reist die amerikanische Mission nach Moskau.

DE. Berlin, 20. August.

Die hiesige Sowjetmission hat heute aus Riga die Meldung von der soeben erfolgten Unterzeichnung des Vertrages zwischen dem Chef der amerikanischen Hilfsadministration Brown und dem Sowjetvertreter Litwinow erhalten.

## Petersburger Stimmungen

DE. Terljoki, 20. August.

In Petersburg macht sich aus Anlaß des Dekrets, das die Wohnungen, Beleuchtung usw. zur kostenpflichtig erklärt, eine starke Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft und den Sowjet-Angestellten geltend. Es werden Versuche gemacht, Protestversammlungen der Einwohner gegen das neue Dekret einzuberufen; die Sowjetbehörden unterdrücken jedoch alle derartigen Kundgebungen. Die Einführung der kostenpflichtigen Benutzung der Wohnungen, Beleuchtung usw. steht im Zusammenhang mit der von der Sowjetregierung geplanten Reform des Geldsystems. Es liegen verschiedene diesbezügliche Projekte vor, die auf dem bevorstehenden Kongreß der Vertreter des Volkskommissariats für Finanzen begutachtet werden sollen. Die Regierung erwartet günstige Ergebnisse von der jetzt erfolgenden Emission von Silberrubeln. In Petersburg ist zur Zeit klingende Münze der verschiedensten Länder im Umlauf. Die Bauern fragen bei Verkäufen nach ausländischer Valuta und ziehen Dollars und Kronen Bedarfsartikeln vor. Unter der Bevölkerung kursieren viel deutsche Mark. Die ausländische Valuta bringt über die Grenze, hauptsächlich über Estland und zum Teil über Polen, nach Sowjetrußland. — Die „Krasnaja Gafeta“ verweist auf das Ueberhandnehmen des Schmuggelungswesens an den Restanzen Podoslens und Wolhoniens. Ueber diese Grenze werden Getreide und Blei ins Ausland verschoben und gegen Waren ausgetauscht, die nicht als notwendige Bedarfsartikel gelten können. Das Blatt verlangt ein energisches Einschreiten gegen diese Mißstände. — Die Ernährungslage in Petersburg hat sich wiederum verschlechtert, da zahlreiche Flüchtlinge aus den Hungergebieten wie auch Truppenteile in das Petersburger Gouvernement infolge des dortigen günstigen Ernteaussfalls zu Verpflegungszwecken dirigiert worden sind.

## Die Griechen vor Angora

EW. London, 20. August.

Aus Athen wird gemeldet, daß die Griechen bis auf 50 Meilen vor Angora vorgerückt sind. Der größte Teil der türkischen Bevölkerung hat seine Wohnstätten verlassen und sich der türkischen Armee, die auf dem Rückzug befindlich ist, angeschlossen.

## Konzentration kemalistischer Streikkräfte bei Gordium

EE. Athen, 20. August.

Es bestätigt sich, daß bei Gordium kemalistische Streikkräfte konzentrieren, wo vielleicht in den nächsten Tagen eine Schlacht stattfinden wird. Mustafa Kemal soll beschlossene haben, den Sitz seiner Regierung nach Cesarea zu verlegen. Die Räumung von Angora soll bereits begonnen haben.

## Die Tragödie in Baranya

Belgrad, 20. August.

Der Ausschuh der Republik Baranya hat den Vertretern der Großmächte und der Länder der Kleinen Entente eine Mitteilung übermittleit, in der betont wird, daß die Räumung des Landes durch die südslawischen Truppen die allgrößte Gefahr für die Bevölkerung darstellen würde, die, wie es in der Mitteilung heißt, sich weigere, sich dem Gewalt der Behörden des Regimes Horthy auszuliefern. Die Mitteilung verlangt die Anerkennung der Republik Baranya.

## Kongreß der Lazarett-Inassen

Uns geht folgender Aufruf zu!

In einer Zeit, in der die elementarsten Lebensbedürfnisse in einer Preissteigerung begriffen sind, hat sich die Reichsregierung nicht geschaut, die fargen Bezüge, die die Kriegssopfer während der Heilbehandlung bekamen, um durchschnittlich 60 Prozent zu kürzen. Durch die Handlungsweise der Regierung sind Tausende von Kriegssopfern, die zum Teil ein Jahr und länger ununterbrochen in Heilbehandlung sind, nicht in der Lage, die notwendigen Bedürfnisse zu bestreiten.

Die unterzeichnete Organisation hat in den vergangenen Monaten mehrere Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gepflogen, aber man gab uns Steine statt Brot, ja, teilweise mußten wir uns Spott und Hohn gefallen lassen, und am 1. Juli 1921 traten die Bestimmungen in Kraft.

Da wir nicht mehr in der Lage sind, uns selbst zu helfen, richten wir an alle proletarischen Organisationen den Ruf, die Konferenz, die zur Lage der Lazarett-Inassen Stellung nehmen soll, zu beschicken.

Wir erwarten, daß die sozialistischen Reichstagsfraktionen Vertreter entsenden.

Die Konferenz findet am Mittwoch, den 7. September 1921, vormittags 10 Uhr, in Dortmund, Restaurant „Zum schwarzen Raben“, statt.

Selbst den Kriegssopfern, die sich noch in den Lazaretten befinden!

Bund Deutscher Lazarett-Inassen (Sitz Essen).

Die Bundesleitung: Franz Wichmann, 1. Vor.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufdruck**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Katvani, Denziger Straße 1.**











Poster hinter glänzenden Fassaden verborgen können. Es ist viel-  
leicht der ärmste Bezirk von Berlin, eine Gegend der Mietskasernen  
und Hofenquartiere, der dunklen Dose und jämmerlichen Schlaf-  
stellen.

Aber das Proletariat dieses Viertels ist doch meist ein klä-  
rendes, sozialistisch geistigtes. Nachbarnschaft war  
er der Wahlkreis Wilhelms die 1. Klasse, später Georg Ledebours,  
und dieser Umstand befördert sehr ein wertvolles Ver-  
trauensverhältnis zwischen den Anwohnern und ihrem Bezirksamt.

### Mangelmangel

Am Eingang des Amtes hängt eine ziemlich abschreckende Tafel,  
auf der zu lesen ist: „Welchen Personen ist der Zutritt streng  
verboten.“ Das Bezirksamt ist nämlich in einem Gebäude,  
das im unteren Stock, das vom Verein für Kleinwohnungswe-  
sen auf holländischen Boden erbaut worden ist, um das Schlafstellen-  
mangel einzudämmen. In zwei Etagen sind in verschiedenen Hochhäusern unter-  
gebracht. Seit dem 1. Oktober ist das Gebäude von der Stadt Ber-  
lin übernommen, die dort wenigstens einen Teil der Bezirksver-  
waltung hat unterbringen können.

Als das Bezirksamt eingezogen war, sah es sich dem völligen  
Nichts gegenüber. Von den gewählten Stadträten  
war auch nicht ein einziger beständig, und der Bür-  
germeister selbst stand nicht einmal auf weiter Flur, sondern  
nur in einem leeren Zimmer, dessen ganzes Moblement in einem  
Tisch bestand. Es gelang, wenigstens fünf Stadträte mit der Zeit  
zu erhalten, aber noch heute fehlen zwei an der Vollständigkeit. Sie  
sind wiederholt gewählt, jedoch immer noch nicht beständig.

Die Unmöglichkeit der Unterbringung läßt eine Vollständigkeit  
der Dezernate noch nicht zu. Bisher sind übernommen: Die Ver-  
waltung des städtischen Grundeigentums, der Steuern, des Hoch-  
und Tiefbaues und noch ein paar Kleinigkeiten, die Kriegsbeschä-  
digtenfürsorge befindet in diesen Tagen über, während gerade die  
wichtigsten sozialen Dezernate noch bei der alten Zentralverwal-  
tung sind, weil man keinen Platz für sie finden konnte.

Im fünften Stock ist allerdings noch ein Bodenraum frei, aber  
man denkt nicht daran, ihn für Büreaus zu benutzen. Es besteht  
vielmehr der schöne Plan, hier ein Jugendheim einzurichten,  
und die Beamten sind gerne bereit, sich dafür mit weniger Be-  
quemlichkeit zu begnügen.

### Die Beamten

Auf die Auswahl der Beamten wird der allergrößte Wert  
gelegt. Es ist auch in der Tat gelungen, eine gefährliche Mechanis-  
ierung des Apparates zu vermeiden. Man geht davon aus, daß  
die Kosten, die daran gespart werden, besser und nützlicher für  
soziale Zwecke verausgabt werden können. Wenn irgend möglich,  
will man das viele Altkleid und den berückelnden Dienst-  
apparat auf das unbedingt notwendige beschränken und lieber in  
mündlichen Verhandlungen die Arbeiten bewältigen. Ver-  
trauensvolle Fühlungnahme und keine Ver-  
fügungen!

Es ist klar, daß viele Anfragen und Gesuche an das Bezirksamt  
gelangen, die nicht bearbeitet werden können, weil die betreffenden  
Dezernate noch fehlen. Es zeugt von dem gesunden Geist, der  
hier weht, daß man in diesen Fällen die Leute nicht einfach wegschickt,  
sondern sich bemüht, ihnen zu helfen und so gut es geht,  
diese Sachen zu erledigen, auch ohne unbedingt zuständig zu sein.

Besonders große Pläne hat man für die Jugend- und Ar-  
menfürsorge, für deren Übernahme alle organisatorischen  
Vorbereitungen getroffen sind. Die notwendige Zahl unbesoldeter  
Ehrenamtler hat in dem gegebenen Rahmen ihre Tätigkeit schon  
aufgenommen, und auch die übrigen Organe sind durch die Bezirks-  
versammlung bereitgestellt. Sie sind alle Grund persönlicher Eigen-  
schaft und menschlicher Qualitäten ausgewählt, und ohne Zweifel  
wird man gute Resultate erzielen, wenn das gute Einverständnis  
mit der Bevölkerung erhalten bleibt.

Ein höchst interessantes Erbe hat der Bezirk in den Stedlungen  
übernommen, die vom Wohnungsverband stammen. Sie sind in  
jeder Beziehung unvollkommen und unzureichend,  
und die Tätigkeit des Wohnungsamtes wird dadurch leider  
sehr erschwert. In Grundbesitz gehören zu dem Bezirk 17 bebau-  
te, 88 unbebaute und 63 landwirtschaftliche Grundstücke, die bereits  
in eigener Verwaltung stehen.

### Harmonische Arbeit

Die Bezirksversammlung setzt sich aus 27 Unabhängigen,  
13 Kommunisten, 10 Rechtssozialisten und 13 Bürgerlichen  
zusammen. Sie ist im fünften Stockwerk in einem ähnlichen Boden-  
raum wie das in der Entstehung begriffene Jugendheim unter-  
gebracht. Man kann nicht genug klagen über die bequeme  
Freundlichkeit dieses mit bescheidenen Mitteln ausgestatteten  
Saales. Es sind nur einfache, gestrichelte Bänke und Stühle dort,  
kein Brant und kein Puff, ein proletarisches Versam-  
lungsort, aber es ist hell und angenehm darin.  
In der Tat arbeiten die Bezirksversammlungen auch in einer  
friedlichen, ausgeglichene Weise, und man erliegt sich fast immer  
ohne Schwierigkeiten und niemals mit Kabaletten.

Bis jetzt haben die neuen Bezirke noch keinen eigenen Etat,  
und ihre Ausgaben werden aus der alten, gemeinsamen Zentral-  
kasse bestritten. Bei den demnächst stattfindenden Beratungen wird  
es darüber sicher zu kämpfen kommen. Denn die Bourgeoisie  
will natürlich nicht einsehen, daß die proletarischen Bezirke für  
Wohlfahrtszwecke größere Mittel benötigen als die reichen Gegen-  
den des Westens. Es wird einen aufklärerischen Aufstoß zu dem  
kommenden Wahlkampf abgeben. Was den Wohnung betrifft, so  
kann man jedenfalls schon heute sagen, daß keine Verwal-  
tungsfunktionen geringer sind als in den alten Vororten mit  
ihren vielfach überorganisierten Bürokratien.

Dafür wird hier im Rahmen des Möglichen nützliche soziale Ar-  
beit geleistet.

## Wohnungs- und bürgerliche Heuchelei

Wenn es gilt, die große Masse der Indifferenten an die Wahl-  
urne heranzuschleppen und sie möglichst zur Abgabe bürgerlicher  
Stimmzettel zu bewegen, dann entdecken auch bürgerliche Kreise  
ihre mitfühlende Herz für die Vermissten, für die Arbeiterklasse;  
dann fliehen Krottschützlinge, dann ist es unerhört von einem  
„sozialistischen Magistrat der Stadt Berlin“ oder „Ge-  
meinderat von Adlershof“, daß er derartige Zustände, wie  
A. B. ein Barackenlager und die Holzhausiedelung Adlershof dul-  
det oder schaffen läßt.

Es ist geradezu beschämend und zeugt von einer beispiellosen  
Dreistigkeit jener bürgerlichen Kreise und der ihnen nahe-  
stehenden Behörden, daß sie, die Erzeuger dieses Wohnungs-  
elends, ihre eigenen Verbrechen auf die Schultern des jetzigen  
Magistrats wälzen, wie in diesem Falle, auf das Bezirksamt XV  
abwälzen wollen. Arbeitervertreter, welche durch das flackernde  
Proletariat in der letzten Zeit beauftragt worden sind, in den ver-  
schiedensten Körperschaften und auf den verschiedensten Gebieten  
die Interessen der arbeitenden Klasse zu vertreten, fanden in den  
meisten Fällen einen derart umfangreichen Schutz-  
haufen vor, daß es ihrer ganzen Kraft bedurfte, um nur erst  
einige wenige Ordnung und Sauberkeit in das  
Getriebe hineinzubringen. Die Dittren der Bürgerliste verlieren  
das Schiff, nachdem sie es bis auf das Eisengerüst abgetastet  
hatten. Arbeiter, jetzt zu, wie ihr fertig werden.

Tausende und Abertausende konnte man aus den Mauern Ber-  
lins auf die Schlachtfelder hinausenden. Man verstand es vor-  
züglich, auswärtige Arbeitskräfte nach den in und um Berlin  
liegenden, Nordwesten herbeizuleiten, die Fabriken hereinzuholen.  
Die Finanzen der Stadt Berlin konnte man vollständig durch die  
Kriegs- und Durchhaltepolitik zerrütten.

Unfähig aber erwies sich das wilhelminische Reich, die bürgerliche  
Sippe in allen Körperschaften, einschließlich Groß-Berlin, bei  
denen die Notwendigkeit der mit Notwendigkeit bei Beendi-  
gung des Krieges eintretenden Wohnungsnot zu veranlassen. Für  
Schaffung von menschenwürdigen, ausreichenden Wohnungen blieb  
nachdem Millionen verpulvert waren, kein Pfennig.

Dazu muß man sich erinnern, mit welcher Härtnachigkeit sich  
jene Kreise der Befehlenden, die da Mitgefühl heucheln, wehrten  
gegen die Aufstellung von Wohnungen, Erfassung der großen Woh-  
nungen usw. Auch jetzt ist's noch nicht viel anders geworden.  
Nach wie vor wehren sich die Befehlenden in Seifen- und ledernen  
Häuten im Westen in ihren 6-10-Zimmerwohnungen, während  
die arbeitende Klasse in feuchten, ungesunden Wohnungen, eine  
Stube und Küche bis zu acht, zehn und mehr Personen hausen muß.

Menschenunwürdig und mehr als das sind die Zustände in dem  
Barackenlager und Holzhausbau Adlershofs und Johannisthal.  
Ein Verbrechen des jetzigen Berliner Magi-  
strats und der darin befindlichen Sozialisten oder  
des Bezirksamts XV? Welt geschick!

Als leinzeit die Holzbaracken in vollständig verwanzenem Zu-  
stande von der Militärbehörde übergeben und die  
Holzhäuser gebaut wurden, lag kein Sozialist in den maßgebenden  
und bestimmenden Stellen, geschweige denn im Wohnungs-  
verband, unter dessen Regie und Aufsicht die Dinge geschehen  
sind. Nein, hier muß die Arbeiterklasse mit aller Deutlichkeit und  
Klarheit die vollständige Unfähigkeit, Böswilligkeit  
und Verachtung der bürgerlichen Gesellschaft der Arbeit-  
klasse gegenüber erkennen.

Das hier vom Wohnungsverband geleistet worden ist, muß als  
schändlich bezeichnet werden. Die Zustände, wie sie in baulicher,  
hygienischer und sanitärer Hinsicht zur Zeit bestehen, sind geradezu  
landläufig. Das Geschrei der „Berliner Morgenpost“:  
„Menschenunwürdig“, so berechtigt dieses Wort ist, wirkt geradezu  
eelerregend, wenn man sich vorstellt, daß die bürgerlichen  
Kreise, deren Geschäfte ja auch die famose „Morgenpost“ besorgt,  
und welche jetzt diese Lüge anschlagen und das Los der Vermissten  
bedauern, sich leinzeit nicht entblöden, diese Buchten als ge-  
radezu gut genug für die Flüchtlinge anzusprechen.

Wenn auch die Errichtung der Holzbaracken in eine Zeit fiel, wo  
die Beschaffung guter Materialien noch schwer war, so kann von  
jedem Fachmann konstatiert werden, daß geradezu in städtischer  
Art und Weise die Gelder zum Fenster hinausgeworfen worden  
sind. Von Sozialisten? Nein, liebe „Morgenpost“ und alle  
ihre neumaschlenen und zehnmalgeschriebenen Wahlplattenschei-  
ner! Aus eigenen Reihen sucht die Heuchelei  
daraus.

Bei Betrachtung und rechter Würdigung der Zustände könnte  
man, wäre man bösartig veranlagt, zu ganz originellen und  
äußerst interessanten Schlüssen kommen. Die Wohnstätten sind in  
ihrer ganzen Bauart und Materialverwendung derart minder-  
wertig, daß ihre dauernde Erhaltung nur mit ungeheuren Kosten  
möglich ist.

Ein unwillkommenes Erbe, das die bürgerliche Gesellschaft nicht  
vielen anderen hinterlassen hat.

Das Bezirksamt XV, welches in seiner Mehrheit aus  
Sozialisten besteht, hat nun nicht erst das Heuchelei  
und falsche Mitleid der „Morgenpost“ abgewartet, son-  
dern nach seinem Zukunftstritt sich mit dieser zum Himmel  
stinkenden Materie befaßt, und in Verbindung mit der Deputation  
für das Bau- und Wohnungswesen die erforderlichen Schritte  
in die Wege geleitet. Es hätte dies noch früher geschehen  
können, wäre nicht in unverantwortlicher Weise die Bildung der  
Bezirksämter hinausgeschoben worden, wofür den Landesbehörden  
ganz besonderer Dank auszusprechen ist.

Mit Eifer wurde an die Anpöteligkeit herangegangen, der nur  
etwas eingedämmt wurde, weil man nicht recht wußte, wo die  
Pläne und Zeichnungen seitens des Wohnungsamtes verpackt wor-  
den waren. Es schien niemand da zu sein, der von diesen Dingen  
rechte Ahnung hatte.

Die Summe von ca. 550 000 Mark, die erforderlich ist, um er-  
trägliche Zustände zu schaffen, ist nun leider kein Pappensteil mehr  
bei der vorangehenden Kriegsgeldverwertung  
in einiger Rechenlinie, um die Summe aufzu-  
bringen. Das Bezirksamt, welches nicht zuständig für derartige  
Bemühungen ist, hat die Angelegenheiten in Angriff genommen wer-  
geben, so daß ungehindert die Arbeiterwohnungen sofort ge-  
geben können. Auf den Bewohnern der Arbeiterwohnungen sofort ge-  
holfen wird, dafür werden sich die Sozialisten und insbesondere  
die Vertreter unserer Partei reiflos einsetzen.

Die Arbeiterklasse aber hat auch aus diesen  
Dingen zu lernen.  
Den Gegnern ist im Wohlfahrt und überhaupt im Kampf  
gegen den Sozialismus jedes Mittel recht. Sie rechnen dabei stets  
mit der großen Masse, welche nicht alle wird. Denen selbst Denken  
schwerfällt und die sich lieber das geistige Brot in bürgerlichen  
Blättern vorlesen lassen und es dann nur hinabzubringen  
brauchen.

In dieses Dunkel müssen wir Breche legen. Die bürgerlichen  
Blätter, darauf muß die Arbeiterklasse achten, müssen aus dem  
Arbeiterwohnungen verbanni werden.

Im übrigen aber hat jeder Arbeiter bei den kommenden Wahlen  
Gedanken, dafür zu sorgen, daß die Macht der Bürgerlichen sich  
in Groß-Berlin nicht vergrößert, sondern endgültig gebrochen wird.

## Die „Deutsche Tageszeitung“ und die Hilfs- bedürftigen der Stadt Berlin

In einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ vom 10. d.  
Mts. werden gegen den Departement der städtischen Armenverwal-  
tung, Genossen Stadtrat Hingge, schwere Vorwürfe über die Art  
seiner Geschäftsführung erhoben. Der Inhalt dieser Notiz ist fol-  
gender:

Nach dem Ausscheiden des Stadtrats Hingge trat der „un-  
abhängige“ besoldete Stadtrat Hingge an die Spitze der städti-  
schen Armenverwaltung. Ihm liegt es nun wieder allen Um-  
ständen daran, in den Ruf eines mildtätigen und warmherzi-  
gen Mannes zu gelangen. Der Wunsch an sich ist sehr lobens-  
wert, aber nicht, wenn er auf Kosten der steuerzahlenden Bür-  
ger Berlins in Erfüllung gehen soll. Täglich verschmeißt Hingge  
vor dem Sprechzimmer des Herrn Hingge eine Schar lang-  
den Gehindels; ohne Prüfung der Sachlage aus etwa vorhande-  
nen Akten bestimmt dann Herr Hingge: Empfehlung 100 Mark oder  
sonst wieviel zu zahlen. Diese Empfehlung ist aber einer An-  
weisung gleichbedeutend. Es werden weder der zuständige Be-  
zirksrat noch Stadtrat zur Rate gezogen. Letzterer erhebt die  
Anweisung, für die Anzahlung Sorge zu tragen. Keiner der  
Bearbeiter gelegentlich keine Bedenken, so erklärt Herr Hingge  
erluhe doch darum, daß er von seinen Beamten in je-  
der Weise unterstützt werde, und läßt keine Bedenken gelten.

Ohne Beachtung der in Frage kommenden Gesetzesvorschriften  
(denn diese kennt Herr Hingge erst gar nicht) wird hier Geld zum  
Fenster hinausgeworfen.

Berlin als Großstadt wird seit der „glorreichen“ Revolution  
als Unterhalt von Gehindeln und besonders jungen Burken  
die kaum dem Krabbelalter entwachsen sind, benutzt. Unter der  
geschicklichen Leitung ist es selbstverständlich, daß dieses Geld  
keinen Grund hat, sich nach ehrlicher Arbeit — auf dem Lande  
werden ständig Arbeitskräfte gesucht — umzusehen. Die Leute  
halten sich die Berliner Bürger bei den kommenden Neuwahlen  
auch diese Verhältnisse vor Augen.

Es ist wirklich etwas hart, die Vermissten unserer Bevölkerung  
welche buchstäblich dem Verhungern nahe sind, außerdem sich kamp-  
feiden können, welche zum großen Teil an der Volksheuschrecke Tu-  
berkulose leiden, obendrein noch als Gehindeln und Pa-  
ra-  
zu beschimpfen, nachdem sie durch die kapitalistische Kriegswirt-  
schaft in dieses Elend getrieben sind.

Zu der Notiz schreibt uns jetzt Genosse Statrat Hingge:

Der Andrang der Hilfsbedürftigen ist allerdings sehr groß.  
Der Andrang der Hilfsbedürftigen ist allerdings sehr groß.  
handelt sich um Personen, welche aus irgendeinem Grunde keine  
Erwerbslosenunterstützung beziehen oder durch lange Arbeits-  
losigkeit und Krankheit besonders notleidend geworden sind, aber  
weiter um Armenempfänger, die ganz ungenügend von den  
Kommissionen unterstützt werden, so daß sofortige Hilfe dringend  
nötig erscheint.

Soweit Akten vorhanden sind, wird eine Prüfung sofort vor-  
genommen; sind keine Akten vorhanden, wird in dringenden  
Fällen mit kleinen Beträgen geholfen und der Armenkom-  
missionsvorsitzer um Eingreifen oder Vorschläge ersucht. Auch  
die Erwerbslosenfürsorge sendet begründete Gesuche um sofortige  
Hilfe, ebenso der Verband der Invaliden und Rentner.

Die Vorgänge habe ich noch am 16. d. Mts. mit dem Vertre-  
tern der Wohlfahrtsämter der 6 Berliner Bezirke besprochen und  
haben dieselben das Verfahren einmütig gut geheißen.

Um vorläufig zu helfen, greife ich recht häufig in die eigene  
Tasche. Wie man dann noch von einer Verschleuderung öffent-  
licher Gelder sprechen kann, zeigt von einer solchen Unzuständig-  
keit, wie man sie nur von der „Deutschen Tageszeitung“ und  
den ihr nachstehenden Kreisen erwarten kann.

Dieses Pamphlet der „Deutschen Tageszeitung“ gibt mit aller  
Klarheit zu erkennen, daß es neben der Beschimpfung der Armen-  
und Erwerbslosen auch der Wahlpropaganda der Deutschmannen  
naken usw. dienen soll. Jenen Kreisen, die sich während der Wahl-  
bewegung die Schüler der Schwachen und Hilfsbedürftigen  
nennen, die richtige Antwort zu geben, wird die Aufgabe der  
Arbeiterklasse am Wahltag sein. Nur eine sozial-  
istische Mehrheit im Stadtparlament wird die Vermissten  
vor vollkommener Verelendung schützen und ihnen den nötigen  
Schutz und Hilfe geben können.

# Stilla

## Kinderschuh- und Schuhwaren

**Kinder-Spangenschuhe** 16<sup>50</sup>  
gran begetlich, mit Lederkappe u. stark Leder-  
sohle und Fleckbesatz. 31-35 16.50, 35-39

**Kinder-Sandalen** 44<sup>50</sup>  
schwarz und braun  
gerabtes Rindled. Is. Qualität, stark Leder-  
sohle. Gr. 31-35 62.40, Gr. 37-39 62.80, Gr. 41-45

**Kinder-Halbschuhe** 48<sup>50</sup>  
weiss Leinwand  
sam Schnüren u. mit Spangeln. Hervorragend  
billig. 31-35 68.50, 37-39 68.50, 41-45

**Kinder-Schnürstiefel** 78<sup>00</sup>  
braun Ziegen-  
u. R. Chevr., mit Leder-  
sohle, 35-36 68.00, 37-39

<b>Damen-Leinenschuhe</b> weiss, mit Spange u. kratziger Leder- sohle. Extra billig	38 <sup>00</sup>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> echt Boxkalf u. Rindbox, mit u. ohne Lackkappe. Extra billig	135 <sup>00</sup>	<b>Knaben-Schnürstiefel</b> Rind. u. R. Chevr., br. Form, Strassentiefel. Extra billig	148 <sup>50</sup>
<b>Damen-Leinenschuhe</b> weiss, a. Schnür od. m. Spange, m. w. überzog. Abs. sehr preisw.	72 <sup>50</sup>	<b>Damen-Halbschuhe</b> R. Chevr. u. Exhären od. mit Spange, kurze moderne Form	148 <sup>50</sup>	<b>Herrn-Schnürstiefel</b> schwarz, a. T. br. Rind., Besatz od. Derbyschnitt. Extra billig	195 <sup>00</sup>
<b>Damen-Spangenschuhe</b> In Boxkalf u. anderen Leder- sorten, mit Dreiviertelabsatz. Auss. erg. wohnl. billig	88 <sup>00</sup>	<b>Damen-Halbschuhe</b> braun Kalbleder-Pumps, vor- züglic. Qualität, rahmengen. Mit mit best. amerik. techn. Absatz	175 <sup>00</sup>	<b>Herrn-Halbschuhe</b> schwarz u. braun, echt Chevr. u. Rindbox, moderne Formen, Goodyear-Welt-Ausführung	195 <sup>00</sup>
<b>Damen-Halbschuhe</b> Boxkalf u. and. Lederarten, mit Spange, zum Teil zum Schnüren. Extra billig	98 <sup>00</sup>	<b>Damen-Halbschuhe</b> braun, echt Chevr. u. Box- kalf, a. Schnüren, pr. Qualität, best. Fabrikat, Goodyear Welt	175 <sup>00</sup>	<b>Herrn-Halbschuhe</b> Lack und braun Boxkalf, echt rahmengen. gute Qualität. Auffallend billig	235 <sup>00</sup>
<b>Damen-Halbschuhe</b> braun u. schwarz, a. Schnür, od. m. Spange, a. T. echt Chevr. Auss. erg. wohnl. preiswert	128 <sup>50</sup>	<b>Damen-Lackschuhe</b> zum Schnüren oder mit Spange, moderne kurze For- men, mit elegantem Absatz	195 <sup>00</sup>	<b>Herrn-Schnürstiefel</b> braun Boxkalf und Rindbox, mod. Form, Derbyschnitt, prima Qualität. Extra billig	245 <sup>00</sup>
<b>Damen-Halbschuhe</b> echt braun Chevr. u. Oxford, mod. Lärchen- u. Hitzespang- schuhe, Goodyear-Welt-Ausf. u.	135 <sup>00</sup>	<b>Damen-Halbschuhe</b> braun und schwarz, echt Chevr. u. Boxkalf, zum Schnüren, echt rahmengen.	195 <sup>00</sup>	<b>Herrn-Schnürstiefel</b> Is. Boxkalf, allerneueste Form, erstklassiges Fabri- kat. Besonders preiswert	245 <sup>00</sup>
<b>Damen-Halbschuhe</b> R. Chevr., zum Schnüren od. mit Spange, moderne Form, gut. Fabrikat. Extra billig	135 <sup>00</sup>	<b>Damen-Schnürstiefel</b> Is. Boxkalf, kurze moderne Form, Derbyschnitt, Original Goodyear-Welt-Ausführung	195 <sup>00</sup>	<b>Herrn-Halbschuhe</b> braun Boxkalf, Derbyschnitt, neue spitze amerik. Form, echt rahmengen. Extra billig	275 <sup>00</sup>

# Stilla



### Groß-Berlin

#### Wie die Polizei ihre Leichen hütet Mißhandlungen und Zensurversuche

Vor einigen Tagen erschien ein junger Mann auf der Redaktion der „Freiheit“, der uns interessante Mitteilungen über die Umgangsformen der Beamten im Leichenschauhaus machte. Er wollte sich die Teile der kürzlich aufgefundenen Leiche ansehen, die dem Publikum zum Zwecke der Rekonstruktion zugänglich waren.

In den Räumen des Schauhauses forderte ihn ein Mann, der als Kriminalbeamter ausgab, auf, sich vor der Besichtigung zu legitimieren. Selbstverständlich wurde dieses unberechtigte Ansuchen abgelehnt und der angebliche Kriminalbeamte aufgefordert, sich zunächst selbst auszuweisen. Darauf stürzte dieser zerschmetterte Beamte sich auf den jungen Menschen, schleppte ihn in ein Nebenzimmer und entriegelte dort mit Gewalt seine Kiste. Als er nicht fand, wollte er sie dem Ueberfallenen wiedergeben; der erklärte jedoch, daß er sich diese Verabredung nicht ohne weiteres gefallen lassen werde und auf einer Bestandaufnahme der abgenommenen Sachen bestuhe, da er sich gegen einen Diebstahl zu sichern wünsche. Das war für den „Kriminalbeamten“ das Signal zu neuen Mißhandlungen. Er warf sein Opfer auf ein Bett und würgte und prügelte es. Als endlich Schupo dazugekommen war und der junge Mann sich wieder notdürftig in Ordnung gebracht hatte, schlug ihm ein Sicherheitsbeamter den Hut vom Kopf. Bei der nunmehr erfolgenden Personalienaufnahme entpuppte sich der „Kriminalbeamte“ als der kommissarische Militär und stellvertretende Vorsteher des Leichenschauhauses Kielmann. Es liegt ihm eine Anweisung vor und noch eine ganze Reihe anderer strafbarer Handlungen vor.

Der Name des Ueberfallenen und Mißhandelten ist der „Freiheit“ bekannt. Wir warten jetzt auf das Erlauchen der Staatsanwaltschaft, ihn ihr mitzuteilen, damit sie ein Verfahren gegen Kielmann einleiten kann.

Diese Mitteilungen veranlaßten mich, mir einmal das Leichenschauhaus anzusehen und mich durch Augenschein von den dortigen Verhältnissen zu überzeugen. Daß man es verhindern möchte, daß man es recht schlechtes Gewissen der Beteiligten schließe, ist man es verbietet, ist ein geradezu klassisches Zeichen einer Bürokratie.

In der hannoverschen StraÙe erklärten mir die Beamten, daß der Besuch zur Zeit nicht zulässig sei, da keine unbekanntem Leichen vorhanden seien. Man forderte mich auf, eine Erlaubnis des zuständigen Geh. Oberregierungsrates Hoppe zu bringen.

Da ich ein harmloser Mensch bin, hielt ich diese Erlaubnis für eine Bagatelle. Ich bat die Beamten, durch den Apparat der Kontakt ins Polizeipräsidium sprechen zu dürfen, damit ich mich über ihre Kenntnisnahme meines Presseausweises berufen könnte. Aber dieses anscheinend unerhörte Ansuchen wurde in einer nicht sehr liebenswürdigen Weise abgelehnt.

Ich telephonierte aber aus einem nahegelegenen Lokal. An Stelle des abwesenden Herrn Hoppe jagte mir sein Stellvertreter, daß ich mich an Herrn Polizeirat Arndt wenden möchte. Dieser würde ihm die Sache vorlegen und nach Prüfung meiner Legitimation würde dann der Erlaubnis wahrscheinlich nichts mehr im Wege stehen.

Von Herrn Arndt erfuhr ich, daß die Sache lange nicht so einfach sei, wie sich mein ganz gemeiner Menschenverstand gedacht hätte. Für eine so wichtige Angelegenheit wie die Besichtigung des Leichenschauhauses seien ein Gesuch und eine zweifelsfreie Feststellung meiner Persönlichkeit unbedingt notwendig. Schließlich, es kann ja jeder kommen und die Unverschämtheit besitzen, sich städtische Leichen ansehen zu wollen!

Aber das schönste war, daß Herr Arndt mir mittelste, im Falle der Genehmigung müsse ich mich verpflichten, wem Artikel vor der Drucklegung der Polizei vorzulegen. Als ich das als ein verzweites Verlangen bezeichnete, dem ich wohl kein unabhängiger Journalist fügen würde, verwies mich Herr Arndt auf irgendeine andere Abteilung, mit der ich mich darüber auseinandersetzen sollte.

Man kann diesen verfassungswidrigen Versuch, eine Zensur von Polizeiwegen wieder einzuführen, nur als eine unumkehrbare Unverschämtheit bezeichnen. Aber er paßt zu dem ganzen Bild dieser Geheimbürokratie. Ich habe weiter keine Schritte unternommen, um das Schauhaus zu besichtigen; ich werde ganz einfach warten, bis dort wieder eine unbekannte Leiche liegen wird, und jedermann hinein kann.

Somit geben diese Erlebnisse vielleicht irgendeinem Zusammenhang Veranlassung, die Polizei über die Bedeutung der Zensur aufzuklären. Mittlerweile ist es ja sogar Regierungsstellen bekannt geworden, welche wichtige Vermittlungsrolle sie zur Offensivität einnimmt, um Mänoel zu rügen und Vorsätze zu lösen. Wenn das Leute wie Herr Polizeirat Arndt noch nicht wissen, mögen sie sich einen Kalender anschaffen. Wir schreiben 1921.....

#### Eine Steuermahnung

Die Hauptsteuerverwaltung hat für das Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin) am 21. und 22. August die Mahnung wegen der fälligen ersten beiden Vierteljahresbeträge der für 1921 vorläufig zu zahlenden Reichseinkommensteuer durch Einleitensantrag veröffentlicht. Die Mahnung betrifft diejenigen Personen, welche bereits für 1920 laut Anforderungsschreiben oder Bescheid eine vorläufige Einkommensteuer zu zahlen hatten. Diese vorläufige Steuer ist nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 12. April 1921 auch für 1921 vorläufig weiter zu zahlen. Steuerpflichtige, die diese Mahnung nicht beachten, sehen sich den Unannehmlichkeiten der Zwangsbeitreibungsmahnen, insbe-

### Helft dem russischen und georgischen Volke in seiner Not!

An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

Entsprechend unserem ersten Aufruf vom 7. d. Mts. rufen wir erneut und eindringlich die arbeitende Bevölkerung Berlins auf, dem durch Hunger und Seuchen geplagten russischen und georgischen Volke beizustehen und es in seiner Not zu unterstützen.

Wohl wissen wir, daß auch das arbeitende Volk Berlins die Folgen des furchtbaren Weltkrieges noch nicht überwunden und selbst noch unter seinen Lasten und Begleiterscheinungen zu leiden hat. Not und Arbeitslosigkeit fordern auch bei uns noch schwere Opfer. Und dennoch appellieren wir an sein Solidaritätsgefühl, darauf vertrauend, daß es trotz eigener Not auch das unter noch größerem Elend leidende russische und georgische Volk nicht vergessen wird.

Wir dürfen nicht tatenlos bleiben, wenn wie in Rußland und Georgien ganze Völker infolge Mitterte und Seuchen untergehen. Hier gebietet es die einfache Menschenpflicht, über alle politischen und sonstigen Gegensätze hinweg, Hilfe zu bringen und dieses Hilfswort so zu organisieren, daß es auch den größtmöglichen Erfolg verspricht. Jede Zersplitterung zerstört nur dieses Hilfswort der Menschenpflicht.

Damit nun die Hilfe des wertvollen Volkes eine allumfassende und möglichst ertagreiche wird, hat der „Internationale Gewerkschaftsbund“, Sitz Amsterdam, sich der Sache angenommen und die ihm angeschlossenen Organisationen aller Länder ausgerufen, die Sammlungen zu organisieren.

Diesem Rufe ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gefolgt und hat die Ortsausschüsse aufgefordert, sofort mit den Sammlungen zu beginnen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission, als Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, hatte bereits vorher gemeinsam mit dem Afa-Ortsrat, nachdem ein Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien herbeigeführt war und dem sich auch die Konsum-Genossenschaft angeschlossen hatte, die Sammlungen eingeleitet. Ueber 10 000 Listen sind bereits im Umlauf. Jetzt gilt es, alle Meinungsverschiedenheiten beiseite zu lassen und alle Kräfte einzusetzen, daß ein Hilfswort zustande kommt, das auch der Berliner Arbeiterschaft Ehre macht.

Der Ertrag der Sammlungen wird, entgegen unserem ersten Aufruf, von uns an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes abgeführt, der die in Deutschland aufgebrachten Mittel an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam weiterleiten wird, damit sie zu einem machtvollen Hilfswort des internationalen arbeitenden Volkes zusammengefaßt werden.

Nun auf ans Werk der Menschenpflicht!

Afa-Bund, Ortsrat Groß-Berlin.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Um Mißbrauch mit den Sammlungen zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß die von uns herausgegebene erste Serie am Kopf die Aufschrift „Rußlandhilfe“ trägt. Der zweiten Serie, die in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangt, werden noch die Worte hinzugefügt „und Georgien“.

Die Organisationen können nach wie vor die Sammlungen im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, vorn 1. Treppe, Zimmer 12, und im Ortsrat des Afa-Bundes, Belle Alliancestraße 7/10, 3. Treppen, Zimmer 30, in Empfang nehmen.

Die Betriebe haben sich demzufolge weils Uebnahme der Sammlungen an ihre zuständigen Organisationen zu wenden und die ausgefüllten Listen mit dem gezeichneten Betrage an diese zurückzugeben. Die vom Afa-Ortsrat bezogenen Listen sind mit diesem direkt zu verrechnen.

Geldsendungen, die nicht auf Sammlungen gesammelt werden, sind an folgende Adresse zu richten: Hans Bieweger, Berlin SO, Engelauer 14/15, 1. Treppe, Zimmer 12.

sondere der mit besonderen Kosten verbundenen Mobiliarpfändung oder der Beschlagnahme von Forderungen aus.

Nach einem weiteren Erlaß des Reichsfinanzministers vom Juni 1921 dürfen Steuermarken für 1921 mit Rücksicht auf die Neuregelung durch das neue Lohnsteuergesetz nicht mehr in Zahlung genommen werden. Dagegen erfolgt Stundung in Höhe des Betrages, der 10 Prozent des Arbeitseinkommens entspricht, mindestens aber in Höhe der für 1921 fälligen Steuermarken oder des nachgewiesenen Steuerabzugs. Es ist deshalb notwendig, bei der Zahlung in der Steuerkasse eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Arbeitseinkommens oder aber die gelebten Steuermarken (Steuerkarte) bzw. eine Bescheinigung des Arbeitgebers über den vom 1. April 1921 ab erfolgten Steuerabzug vorzulegen. Erreicht oder übersteigt der hiernach zu stundende Beitrag den fälligen Steuerbetrag, so kann die Stundung auch durch rechtzeitige Einlegung des Nachweises über den Lohnabzug an die zuständige Steuerkasse herbeigeführt werden. Erfolgt jedoch bis zum 23. August kein Nachweis und keine Zahlung, so wird die Zwangsversteigerung eingeleitet, durch die besondere Kosten entstehen.

Bei Zahlung an den Vollstreckungsbeamten zur Abwendung der Pfändung ist darauf zu achten, daß der Vollstreckungsbeamte in jedem Falle einen Pfändungsbefehl vorzeigen muß, da die Zahlung, falls ein Unberechtigter die Steuern einzieht, als rechtsgültig nicht anerkannt werden kann.

#### Bedürftige Kinder im Seebad

Der Magistrat teilt mit: Der unter vorstehender Ueberschrift in der heutigen „Berliner Morgenpost“ erschienene Artikel enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten, die zunächst die Vermutung aufkommen ließen, daß es sich nicht um ein vom Berliner Jugendamt belegtes Seebad handelt. In Wirklichkeit hat das Jugendamt überhaupt keine Kinder untergebracht. Es handelte sich aber offenbar um 10 Kinder, die nach

Soldikum gesandt waren. Hierunter waren nur 12 Mädchen, und nur 7 davon über 14 Jahre alt. Unrichtig ist ferner, daß die Sanierkinder den Kindern erst von der dortigen Badeverwaltung angewiesen werden mußten. Die Kinder waren vielmehr von vornherein einem Kapitänschepaar zur Pflege überwiesen. Zur Beaufsichtigung der Kinder hatte das Jugendamt eine Schwester entsandt.

#### Die Lügennachrichten der „Roten Fahne“

Der „Roten Fahne“ scheint ein Bericht über eine Versammlung der Gutsarbeiter in Hohenschönhausen an die Nieren gegangen zu sein. Behauptete doch dort der Stadtverordnete Schmidt (K. P. D.), daß sich unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung bei der Abstimmung über den Gutsarbeiterstreik gedrückt hätten. Sie geht aber in ihrer Erwiderung in der Freitagnummer mit keiner Silbe darauf ein, daß gerade ihre Leute gefehlt haben. Um so mehr gleicht sie ihren Unrat über unsere Genossen aus und behauptet, dieselben hätten gegen die 15 prozentige Erhöhung gestimmt. Bei welcher Gelegenheit dies geschehen sei, verschweigt sie dabei vollständig aus bekannten Gründen, weil der Beweis dafür fehlt. Ihr ist auch unangenehm, daß gerade unsere Genossen es gemeldet sind, die die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen haben, und daß sie nicht hinzusetzen kann, was sie getan haben, weist sie darauf hin, daß wir weiter mit den Gutsarbeitern verhandeln wollten. Inwieweit wir verlangten weitere Verhandlungen, in welchen den Gutsarbeitern ihr Recht werden sollte. Aus diesem Grunde stellten wir auch unsere Anträge um Erhöhung dieser Sätze über 7 1/2 Prozent hinaus. Diese Tarifraten sind den Kommunisten unangenehm, aber es mag noch hinzugefügt sein, daß auch der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten, Herr, erklärt hat: „Er wisse bestimmt, daß wenn ein Vertreter der U. S. P. D. im Schlichtungsausschuß gefehlt hätte, derselbe selbstverständlich für mindestens 15 Prozent eingetretet wäre.“ Trotzdem schreibt die „Rote Fahne“, wir hätten gegen die 15 Prozent gestimmt.

Es ist zum Bericht von Hohenschönhausen hinzuzufügen, daß der Stadtverordnete Schmidt (K. P. D.) selbst in der Versammlung dort zugegen war, daß er mit der Politik der K. P. D. nicht einverstanden ist, und er seinen ganzen Einfluß aufzubringen wird, daß eine andere Politik gemacht wird.

Daß dieses Gerücht bei den Versammelten die Wirkung auslöst, daß sie erkennen, daß bei der K. P. D. manches faul ist und wir recht bald wiederkehren, um dort Versammlungen abzuhalten, sollte auch die „Rote Fahne“ als ganz natürlich empfinden.

Die Wohnungsnot der Beamten. Die Unterbringung verheirateter Beamter und Militärpersonen wird infolge der immer größer gewordenen Wohnungsnot immer schwieriger. Sie ist geradezu unmöglich, wenn Gemeinden es ablehnen, dem Amtsnachfolger die Wohnung des Amtsvorgängers zu überlassen. Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers hat deshalb der Minister für Volkswohlfahrt angeordnet, daß Wohnungen, die infolge von Besetzungen und Todesfällen von Reichs- und Staatsbeamten sowie von Militär- und Marinepersonen frei werden, zunächst dem Amtsnachfolger angeboten werden. Eignet sich die Wohnung für den Amtsnachfolger nicht, so ist der Amtsnachfolger berechtigt, entweder die freigewordene Wohnung der Gemeindebehörde zur Verfügung zu stellen und die Zumeisung einer passenden Wohnung zu verlangen oder, falls die sofortige Zumeisung nicht möglich ist, die freigewordene Wohnung des Amtsvorgängers zum Tausch zu benutzen. In binnen drei Wochen nach dem tatsächlichen Freiwerden der Wohnung ein Amtsnachfolger nicht bezeichnet, so erhält die Gemeinde das Verfügungsrecht über die Wohnung. Kann ein verheirateter Beamter oder eine Militärperson die Wohnung seines Vorgängers deswegen nicht beziehen, weil dieser zur Ruhe geht oder aus dem Staatsdienst ausgeschieden ist und wohnen bleibt, so muß der Nachfolger dringend versorgt werden.

Dem Anschaffungsamt der Stadt Berlin wird zum Vorwurf gemacht, daß es durch seinen Verwaltungskostenzuschlag die beschafften Gegenstände, in diesem Falle Lernmittel, verteuert. Es ist nicht richtig, daß das Anschaffungsamt für keine Aufbewahrung stets 8 v. H. Kosten berechnet. Auch in dem hier vorliegenden Falle berechnet das Anschaffungsamt einen Verwaltungskostenzuschlag in dieser Höhe nicht. Trotz des Verwaltungskostenzuschlages stellen sich die vom Anschaffungsamt geforderten Preise für obige Lernmittel um mindestens 10 v. H. geringer, als wenn die Beschaffung unter Ausschaltung des Anschaffungsamtes erfolgt.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, den Altrahgehalts- und Altrahbegeldempfängern, sowie den Witwen solcher Personen, deren Gleichstellung mit den Neuerwerbungsberechtigten noch nicht durchgeführt ist, sofort mit Rücksicht auf den großen Notstand einen Zuschuß von 1000 M. auf die in Aussicht genommene Erhöhung ihrer Bezüge zu zahlen.

Parteiaktivare. Auf eine mehr als vierzigjährige Parteitätigkeit können in diesen Tagen die Genossen Gustav Hoffmann und Hermann Schwabe zurückblicken. Der Genosse Otto Liegner hat eine dreißigjährige Mitgliedschaft hinter sich. Die Genossen Heinrich Hänel, Golshir, 16. August Wiemers, Bulowstr. 58, Gustav Kröschner, Steinmühlstr. 68 und August Riech, Groß-Görschenstr. 23 gehören der Partei 25 Jahre an. Fast bei jeder Veranstaltung der Partei kann man diese alten Kämpfer noch sehen. Möge es ihnen vergönnt sein, noch recht lange mit uns zusammenzustehen und manchen Jungen ein Vorbild sein.

Der Gemischte Chor Groß-Berlin, Dirigent Hermann Scherchen, veranstaltet heute nachmittags 3 Uhr auf der Spielwiese im Friedrichshain ein öffentliches Konzert. Der Ertrag einer Sammlung ist für das hungernde Proletariat Rußlands bestimmt. Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert 8 Tage später statt.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Montag, den 22. August 1921, in der Brauerei Hoppoldt, Hafenseide 32-38, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

„Männerchor Sängerkreis“ (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes) wird am Dienstag, den 28. August 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Friedrichshain am Landsberger Platz Volkslieder und andere Männerchöre öffentlich zu Gehör bringen.





# Gewerkschaftliches

## Zur Gewerbegerichtswahl

Die „Berliner Morgenpost“ entlarvt sich

In der gestrigen Ausgabe der „Berliner Morgenpost“ findet man ein halbtieriges Inserat des „Nationalen Gewerkschaftsartikels“, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, bei der heutigen Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht für die Liste der „Gelben“ zu stimmen.

Bisher hat die „Berliner Morgenpost“ noch immer den „Schein“ zu wahren gewußt, als sei es ein demokratisches Organ. Sie hat es zwar immer meisterlich verstanden, ihren Lesern Sand in die Augen zu streuen, aber doch immer eine gewisse Arbeiterfreundlichkeit vorgetäuscht. Leider sind nicht wenige darauf hereingefallen. Selbst freigewerkschaftliche Arbeiter fielen auf das demagogische Treiben herein. Nachdem sich nun aber die „Morgenpost“ so offen auf die Seite der „Gelben“ stellt, wird jeder freigewerkschaftliche Arbeiter die „Berliner Morgenpost“ so behandeln, wie sie es verdient, nämlich als Schädling der Arbeiterbewegung aufs äußerste bekämpfen. Jetzt noch Vesper der „Morgenpost“ zu bleiben, ist Verrat an der freigewerkschaftlichen Organisation.

Interessant und bezeichnend für die „Morgenpost“ ist auch, daß in dem Inserat steht, daß die Parteien der Zukunft die nationalen Parteien sein werden. Also hat die „Morgenpost“ wohl auch schon einen Sinn für ähnlichen Beschäftigung?

Wir zweifeln nicht daran, daß die freigewerkschaftlichen Arbeiter heute bei der Wahl den Gelben und ihren Schützlingen die verdiente Antwort geben werden. Damit muß aber auch für alle Zukunft nicht nur jede Gemeinschaft mit den „Gelben“ abgelehnt werden, sondern die Schützlinge derselben müssen ebenso von allen Arbeitern verachtet und bekämpft werden.

## Generalversammlung der Transportarbeiter

Auf der am 18. August stattgefundenen Generalversammlung der Transportarbeiter gab Dr. Kochmann den Geschäftsbericht für das 2. Quartal. Wegen des Nachlassens der Teuerung im Mai haben verschiedene Lohnbewegungen nicht zum vollen Erfolge geführt. Insgesamt sind 73 Lohnbewegungen ausgefochten worden mit 39 600 Beteiligten, darunter 10 mit Streik. In 29 Fällen hat der Schlichtungsausschuss entschieden.

Kugensichtlich stehen über 100 000 Mitglieder in Lohnbewegungen.

Es wird nötig sein, wegen der fortlaufend steigenden Teuerung die Tarife nicht auf lange Zeit abzuschließen. 4487 neue Mitglieder sind gewonnen worden. Auf dem Arbeitsmarkt ist gegenüber dem 1. Quartal eine kleine Besserung zu verzeichnen. Der Arbeitsnachweis vermittelte an 7800 Stellen. Dem Arbeitslosenproblem muß die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, in keinem Falle dürfen die Arbeitslosen gelistet werden, während Tausende völlig ohne Beschäftigung sind.

Nach dem günstigen Kassendbericht, den Brezke gab, wird in längerer Debatte ein regelmäßige Beitragzahlung gefordert sowie der Vorstand aufgefordert, sich mehr der Arbeitslosenfrage zu widmen. Die Anträge Rebay (B. K. V. D.) auf Bezieherstattung über den Moskauer Gewerkschaftskongress auf einer allgemeinen Funktionärskonferenz sowie Durchführung einer einheitlichen Aktion für die Kollektiven in Russland, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. In letzterem Antrag forderte Dr. Kochmann die Kollegen auf, nach besten Kräften die Sammlungen der Gewerkschaft zu unterstützen.

Unter Bezugnahme auf eine Notiz in der Abendausgabe der „Noten“ vom 18. August 1921 betreffend einer Verfügung des Amtsgerichts Straßburg, die für Streikpostenbesitzer mit 1500 Mark Geldstrafe bzw. 6 Monate Haft droht, wurde eine Protestresolution einstimmig unter lautem Beifall angenommen.

## Die Zigarettenarbeiter Berlins und der verfloren Streik

In einer überfüllten Versammlung in den Germania-Sälen nahmen am Freitag die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie Stellung zu den Vorgängen während des letzten Streiks. Koch gab einen ausführlichen Bericht über die Streikursachen und die ganze Bewegung. Er schilderte noch einmal die damaligen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, in denen die maßgebenden Vertreter des Kapitals die ungewerkschaftlichen Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnbedingungen forderten. Er zeigte weiter, wie die Maschinenführer als vorwärtsdrängendes Element, jenen Forderungen einen Riegel vorsetzten und den Unternehmern einmütig entgegentraten.

Stärkliche Empörung löste Koch aus, als er die Stellungnahme des Vorsitzenden Deichmann vom Tabakarbeiterverband kennzeichnete, der in jenen Tagen sich dazu hergegeben hat, „Arbeitswillige“ zu stellen, die den ausgesperrten Maschinenführern in den Rücken fallen sollten. Deichmann war es auch, der es fertig bekam, zu erklären:

„So gumtütige Unternehmer, wie die Berliner Zigarettenindustriellen, hätte er in seiner ganzen gewerkschaftlichen Tätigkeit noch nie gesehen.“

Koch schilderte dann das sehr zweideutige Verhalten des Vorstandes der Tabakarbeiter und des Bevollmächtigten Armbrust während der Verhandlungen. Wie sehr Deichmann jedes proletarische Empfinden verloren hat, bewiesen seine lehrigen Aussprüche und die Schreibweise des „Tabakarbeiters“. Er kennzeichnete sich am besten, als er sagte:

„Wir verhandeln mit den Unternehmern, weil wir die Maschinenführer erziehen wollten!“

Hatte sich schon während der bisherigen Ausführungen Koch eine starke Erregung gegen das verwerfliche Treiben Deichmanns bemerkt gemacht, so steigerte diese sich zur Stechhitze, als Koch von einem Schreiben des Tabakarbeiterverbandes Kenntnis gab, worin dieser die Beteiligung an der heutigen Versammlung ablehnte und aufforderte, die heutige Versammlung nicht zu besuchen.

Alle Redner kritisierten in außerordentlich scharfer Weise dieses Verhalten, das jedem gewerkschaftlichen und proletarischen Gefühl Hohn spricht.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die das Verhalten Deichmanns und des Tabakarbeiterverbandes verurteilt und erwartet, daß in Zukunft solche Schädigungen des gewerkschaftlichen Gedankens unterbleiben.

Von allen Rednern wurde gefordert, daß endlich der schon so lange geplante Industrieverband gegründet werden müsse, damit eine geschlossene Einheit gegenüber dem Kapital hergestellt sei. Die Lehre der letzten Lohnbewegung muß sein: Fester Zusammenschluß aller beteiligten Organisationen in einem starken Industrieverband, der imstande ist, die Ansprüche des Kapitals zurück zu machen.

## U. S. P. D. - Gewerkschaftsangehörige!

Am Sonnabend, den 27. August, abends, findet eine wichtige Versammlung sämtlicher Gewerkschaftsangehörigen, die der U. S. P. D. angehören, statt. Saal und Zeit wird noch bekanntgegeben.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg, U. S. P. D.

## Gewerbegerichtswahl!

Zu der am Sonntag, den 21. August, von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Gewerbegerichtswahl für die Arbeitnehmerbeisitzer weisen wir nochmals darauf hin, daß jeder Wahlberechtigte eine Wahlbescheinigung haben muß. Diese Wahlbescheinigung ist mit dem Firmenstempel und der Unterschrift des Arbeitgebers, (die Unterschrift kann auch durch Faksimile-Stempel gegeben werden) oder durch Stempel und Unterschrift der Polizeibehörde zu versehen.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß die Listen der Kandidaten sowie der zuständigen Wahllokale seitens des Magistrats an den Tafelhäfen veröffentlicht sind. Ehrensache der organisierten Arbeiterschaft ist es, der

## „Liste der freien Gewerkschaften“

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend (Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsartell Groß-Berlin,

zum vollständigen Siege zu verhelfen. Die Listen des Nationalen Gewerkschaftsartells und der Gewerbevereine dürfen keine Stimme erhalten.

Alles wählt die

## „Liste der freien Gewerkschaften“!

Ufa-Bund, Ortsartell Groß-Berlin.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

## Gruppenversammlungen

Die Vorkonferenzen der einzelnen Industriegruppen finden statt:

für Gruppe 1. Bank und Handel, für Gruppe 3. Post, für Gruppe 12. Staatliche und kommunale Behörden, für Gruppe 13. Sozialversicherung, Montag, den 22. August 1921, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17, für Gruppe 8. Landwirtschaft und Gärtnerei, für Gruppe 9. Lebens- und Genussmittel-Industrie, Montag, den 22. August 1921, abends 8 Uhr, in den Residenz-Beständen, Landberger Straße 31;

für Gruppe 2. Baugewerbe, für Gruppe 7. Holzindustrie, Mittwoch, den 24. August 1921, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 4;

für Gruppe 3. Bekleidungsindustrie, für Gruppe 4. Lederindustrie, Donnerstag, den 25. August 1921, abends 6 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsälen (Arminhallen), Kommandantenstraße 58-59.

## Der Kampf in der Holzindustrie

In der letzten Branchenleitung sowie Funktionär-Sitzung in der Holzindustrie beschloß der Holzarbeiter-Streik, der am 22. August 1921, abends 8 Uhr, in den Residenz-Beständen, Landberger Straße 31, stattfand, wurde dem Streik der Holzarbeiter Stellung genommen. Es wurde beschlossen, jede Streikarbeit abzulehnen. Kollegen, welche im Möbelhandel beschäftigt werden, haben mit dem Streik nicht zu tun. In zweifelhaften Fällen haben sich die Kollegen, ehe sie Arbeit niedergelegt wird, an die Organisation zu wenden. Am Dienstag, den 23. August 1921, abends 7 Uhr, findet bei Schönlagerstraße Nr. 2 eine Allgemeine Versammlung unserer Mitglieder statt, in welcher zu dem Streik Stellung genommen wird.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

## Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen

Die gestrige Versammlung, die im Alten Kolanier tagte, war außerordentlich stark besucht. Koll. Bardeleben referierte über den Stand der Verhandlungen. Besonders hervorzuheben ist, daß die Unternehmer bisher alle Verhandlungen, die zu Tarifabschlüssen hätten führen können, sabotiert haben. Dabei haben sich die Vertreter der Unternehmer, besonders Herr Syndikus Dr. Friedemann, in außerordentlich provozierender Weise bewegt. Nach den bisherigen Verhandlungen steht fest, daß die wertvollen Drahtzieher keinen Tarifvertrag wollen, um bessere Löhne zu haben, ihre Arbeiterschaft dergewaltigen zu zwingen.

Alle Redner standen auf dem Standpunkt, daß ein weiteres Ausziehen und Verschleppen unmöglich ist. Wenn bis zum nächsten Sonnabend keine entscheidenden und befriedigenden Verhandlungen stattgefunden haben, werden die Kinoangestellten zum letzten Mittel, dem Streik, greifen. Diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Achtung! Zimmerer!** Noch immer sind folgende Firmen gesperrt zu betrachten: Sämtliche Werke der A. E. G.; der Siemenskonzern; Kiebe, Weihenstephan; Wöhler; Schwarzkopf, Ringstraße; Kabelwerk, Oberspreewäldesche Holzwerke; Teltow; Tegel; Gollner, Reinickendorf; Koesemann u. Kühnemann; Auer Ostamerwerke; Ago, Lichtenberg; Schultheiß-Pakenberg; Franz Conrad, Glogauer Straße; Nitriifabrik, Köpenick. Erhöht ist die Sperrung gegen: Siemens u. Halske, Hochbauabteilung, Nonnenbamm.

**Modellreue!** Am Mittwoch, den 24. August 1921, abends 8 Uhr, findet eine gemeinsame Versammlung mit den Stoffarbeitern im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 96, statt. Tagesordnung: 1. Unsere Stellungnahme zur fortschreitenden Teuerung.

## Für Rheumatiker und Nervenleidende

„Ueberraschende Wirkung mit Logal!“

Herr Balgowsky, Angerburg, Ostpr., schreibt u. a.: „Nachdem mir in Aurland während des Winterfeldzuges 1915 ein einseitiger Rheumatismus, hauptsächlich in den Oberextremitäten, ausgebrochen war, habe ich in verschiedenen Lazaretten behandelt. In dessen hielten die Beschwerden und die größtenteils heftigen Schmerzen nach wie vor an. Nun wurden mir Logal-Tabletten empfohlen. Die Wirkung war für mich außerordentlich rasch. Nach Gebrauch von täglich dreimal 3 Tabletten nahmen die Beschwerden am dritten Tage merklich ab und hörten am fünften Tage vollständig auf. Seit Beginn der Kur her habe ich keinen Rückfall erlebt, im Gegenteil, ich kann wieder völlig gerichtet und ohne jegliche Schmerzen — wie schon seit langer Zeit mehr — einhergehen.“ Eben so wie bei Rheuma, so ist Logal erfahrungsgemäß auch bei Schias, Hexenschuß, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Gicht, sowie bei Kopfschmerzen, hervorragende Verzie vorordnen. Logal-Tabletten. Klinisch erprobt, in allen Apotheken erhältlich.

# HERMANN

# Porzellan, Steingut, Glas und Wirtschafts-Artikel

Porzellan		Kaffeeservice Rosenmuster	
Tafelserie Rosenmuster		Kaffeekannen	37 <sup>50</sup>
Speiseteller (12) oder (10)	12 <sup>25</sup>	Teekannen	45 <sup>00</sup>
Abendbrotteller	7 <sup>50</sup>	Milchtöpfe	12 <sup>75</sup>
Kompotteller	5 <sup>25</sup>	Zuckerboxen	14 <sup>75</sup>
Terrinen	95 <sup>00</sup> 148 <sup>00</sup>	Tassen	6 <sup>75</sup>
Kartoffelschüsseln	52 <sup>50</sup> 73 <sup>50</sup>	Tafelservice 23 teilig	375 <sup>00</sup>
Saucieren	42 <sup>00</sup>	Tafelservice 77 teilig	1175 <sup>00</sup>
Bratenplatten	22 <sup>50</sup> 48 <sup>00</sup>	Kaffeesservice 14 teilig	48 <sup>00</sup> 75 <sup>00</sup>
Salatieren	19 <sup>50</sup> 38 <sup>50</sup>	Kaffeesservice 14 teilig	95 <sup>00</sup> 125 <sup>00</sup>
Tassen	Goldrand, sortierte Formen 2 <sup>00</sup>		

Glas	
Besonders preiswert!	
Compots vierseitig	1 <sup>95</sup> 2 <sup>95</sup> 4 <sup>25</sup>
Compots rund	2 <sup>95</sup> 4 <sup>25</sup> 6 <sup>25</sup>
Compots Muschelform	3 <sup>25</sup> 4 <sup>75</sup> 7 <sup>50</sup>
Compots rund, klein	65 Pf.
Butterglöcher	3 <sup>90</sup>
Zuckerschalen	3 <sup>75</sup>
Teebedier	95 Pf.
Bierbedier	2 <sup>65</sup>
Wassergläser 1/2 Liter	95 Pf. 1 <sup>45</sup>
Weingläser	3 <sup>75</sup>
Likörchalen	3 <sup>25</sup>

Steingut	
Extra billig!	
Vorratsfönnen	3 <sup>75</sup>
Gewürztonnen	1 <sup>95</sup>
Flaschen	95 Pf.
Mesten	8 <sup>75</sup>
Milchtöpfe	75 Pf. 95 Pf. 1 <sup>45</sup>
Kaffee- oder Zuckerbüchsen	2 <sup>95</sup>
Terrinen	8 <sup>75</sup>
Kartoffelschüsseln	bunt oder creme 7 <sup>65</sup>

Steingut	
Extra billig!	
Waschgarnit	59 <sup>00</sup> 88 <sup>50</sup>
Waschbecken	8 <sup>75</sup> 14 <sup>75</sup>
Waschkübel	8 <sup>75</sup> 14 <sup>75</sup>
Küchengarnit	125 <sup>00</sup> 145 <sup>00</sup>
Tassen schwarz	1 <sup>45</sup>
Obertassen	Steingut 45 <sup>00</sup>
Speiseteller	Steingut 1 <sup>45</sup>

<b>Frühstückservice</b> für 2 Pers., 5 teilig	29 <sup>50</sup>
<b>Einmachehafen</b>	80 Pf. 1 <sup>00</sup> 1 <sup>35</sup> 2 <sup>10</sup> 2 <sup>70</sup>

<b>Kompotteller</b> gepresst	75 Pf.
------------------------------	--------

<b>Butterdosen</b> Steingut	6 <sup>75</sup> 8 <sup>25</sup> 9 <sup>75</sup>
-----------------------------	---

Ein **Steingut** mit nur kleinen Fehlern zu enorm billigen Preisen

Emaille	
Schmortöpfe	neublaue 8 <sup>25</sup> 10 <sup>00</sup>
Kasserollen	ohne Ring 6 <sup>50</sup> 7 <sup>25</sup>
Kasserollen	mit Ring 11 <sup>75</sup> 15 <sup>00</sup>
Wasserkessel	für Gas 22 <sup>50</sup> 28 <sup>50</sup>
Kaffeekannen	weiß 8 <sup>00</sup> 9 <sup>25</sup>
Milchtöpfe	mit Ausguss 7 <sup>50</sup>
Schüsseln	weiß 5 <sup>50</sup> 6 <sup>25</sup>
Teigschüsseln	16 <sup>00</sup> 21 <sup>00</sup>
Teller	weiß 2 <sup>50</sup>
Eimer	grün, 28 cm. 11 <sup>50</sup>

Aluminium	
Schmortöpfe	mit Deckel 13 <sup>50</sup> 16 <sup>00</sup>
Kasserollen	mit Holzstiel 9 <sup>00</sup> 10 <sup>00</sup>
Wasserkessel	39 <sup>50</sup>
Weinkühler	große Form 39 <sup>50</sup>
Kaffee- und Zuckerbüchsen	16 <sup>50</sup>

Nickelwaren	
Kudienplatten	bunter Stein- 28 <sup>50</sup>
Brotkörbe	vernickelt 15 <sup>50</sup>
Butterdosen	mit Glas- 9 <sup>25</sup> 18 <sup>50</sup>
Löffelkörbchen	mit bunter Stein- 16 <sup>00</sup>
Zuckerkörbchen	13 <sup>00</sup>

Maschinenwaren	
Fruchtpressen	Alexander- 90 <sup>00</sup>
Fleischmaschinen	mit 4 verschiedenen Messern 29 <sup>50</sup>
Brotschneidemaschinen	mit Rundmesser 34 <sup>50</sup>
Tafelwage	5 kg Tragkraft, 125 <sup>00</sup> geschl.
Gasplatten	Garnitur 2 Platten, 65 <sup>00</sup> mit Erhitzer

Holzwaren	
Waschbretter	mit Zinkblech 5 <sup>00</sup>
Servierbretter	6 <sup>00</sup>
Gurkenhobel	4 <sup>50</sup> 5 <sup>00</sup>
Kohlhobel	mit Kasten 1 <sup>40</sup>
Quirlbretter	3 <sup>00</sup>
Stubenbesen	schwarz 12 <sup>00</sup>
Handfeger	schwarz 7 <sup>00</sup>
Stiefelglatzbürsten	2 <sup>00</sup>
Lederschwämme	2 <sup>00</sup>
Handwaschbürsten	7 <sup>50</sup>

<b>Einkochgläser „Monopol“</b>	1/2 Liter 3 <sup>00</sup> 3 <sup>50</sup> 3 <sup>75</sup> 1/4 Liter 3 <sup>25</sup> 3 <sup>75</sup> 1/2 Liter 4 <sup>25</sup> 4 <sup>50</sup> 2 Liter 4 <sup>95</sup>
<b>Waschtisch</b>	mit Aufsatz und 2 Zehndendern 65 <sup>00</sup>

<b>Zinksober</b>	95 <sup>00</sup> 127 <sup>50</sup>
------------------	------------------------------------

<b>Zinkwannen</b>	85 <sup>00</sup> 110 <sup>00</sup>
-------------------	------------------------------------

<b>Gummiringe</b>	eng 35, weit 45 Pf.
-------------------	---------------------